

Bezugspreis:
Preis: Vierteljahr 3.00 — Halbjahr 5.50 —
Jahr 10.00 — 12.00 —
Preis ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 1.00 — Vierteljahrlich
3.00 — Halbjährlich 5.50 —
Jährlich 10.00 —
Bestellungsgebühr: Unter Kreuzband für
Deutschland, Danzig, das Saar- und
Rheinland, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Ostpreußen,
Litauen und Ostgalizien 20. —
Für das übrige Ausland 27. —
Bestellungen nehmen an Ostpreußen,
Litauen, Ostgalizien, Ostpolen, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Volk und Welt“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Erdkunde und Reisen“ er-
scheint wochentlich zweimal, Son-
tags und Freitags einmal.
Telegraphisch: Adressen:
„Sozialdemokratisches Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moriaplatz 15195-97
Expedition Moriaplatz 11753-51

Dienstag, den 12. Juli 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Moriaplatz 11753-54

Elf Milliarden Goldmark.

Berlin, 11. Juli. (WZ.) Gemäß Artikel IIa des Zahlungs-
planes des Wiedergutmachungsausschusses vom 5. Mai d. J. ist Deutsch-
land verpflichtet, dem Ausschuss bis zum 1. Juli Schuldverschreibungen
für einen Betrag von 12 Milliarden Goldmark als Ersatz für
die Schuldverschreibungen, welche auf Grund des § 12c der An-
lage II von Teil VIII (Reparation) des Vertrags von Versailles
bereits übergeben sind oder noch übergeben werden müßten, aus-
zuhändigen. In Erfüllung dieser Verpflichtung ist dem Wiedergut-
machungsausschuss zum 1. Juli durch die Kriegslastenkommission
eine Schuldverschreibung übergeben worden, deren wichtigsten Be-
stimmungen die folgenden sind:

Das Deutsche Reich schuldet dem Inhaber dieser Schuld-
verschreibung den Betrag von 12 Milliarden Mark Gold von dem
am 1. Januar 1914 gesetzlich bestimmten gewöhnlichen Gewicht und Fein-
gehalt. Diese Schuldverschreibung wird in Mark Gold vom 1. Mai
1921 ab mit 5 Proz. ihres nominalen Nennbetrages verzinst und vom
1. Mai 1921 ab jährlich mit 1 Proz. unter Zuwachs der durch die
Zinsen erportierten Zinsen durch Rückzahlung zum Nennwert getilgt.
Unbeschadet der Bestimmungen 248 und 251 des Vertrages von
Versailles haften für die Schuldverschreibung der gesamte Besitz und
alle Einnahmequellen des Deutschen Reiches und der deutschen
Staaten an erster Stelle. Insbesondere ist der Zins- und Tilgungs-
dienst durch die jährlich von Deutschland gemäß Artikel 4 des
Zahlungsplanes zu bewerkstellenden Zahlungen sichergestellt.

Als Sicherheit für diese Zahlungen bestimmt die deutsche
Regierung an erster Stelle:

- a) die Erträge aller deutschen See- und Landzölle und insbesondere der Aus- und Einfuhrzölle,
- b) die Erträge einer Abgabe von 25 Proz. auf den Wert aller deutschen Ausfuhr, die nicht bereits einer anderweitig auf-
gelegten Abgabe oder höheren Abgabe unterworfen ist,
- c) die Erträge derjenigen direkten oder indirekten Steuern oder
sonstigen Einnahmen, die von der deutschen Regierung ver-
pachtet sind und von den gemäß Artikel 4 des Zahlungsplanes
gebildeten Kommissaren in Ergänzung oder als Ersatz für die
oben unter a) und b) genannten Fonds angenommen werden.

Die Schuldverschreibung ist jetzt und in Zukunft befreit von
allen deutschen Steuern und Lasten aller Art. Das Deutsche Reich
wird auf Verlangen des Inhabers oder des Reparationsausschusses
im Austausch gegen diese Schuldverschreibungen kostenlos mit Zins-
scheinen ausgestattete Teilschuldverschreibungen von gleichem
Gesamt nominalwert abzüglich etwa schon gezahlter Beträge ausgeben.
Form, Inhalt, Betrag und Zahlungsort, sowie die Währung, in
der die Zahlungen zu erfolgen haben, werden vom Reparations-
ausschuss bestimmt.

Neutrales Urteil.

Berlin, 11. Juli. (WZ.) Dem Prozeß gegen General Stenger
und Major Crusius hat auch der Präsident der holländischen Kriegs-
gerichte, Herr van Slooten, beigewohnt. Er hat seine Eindrücke
in einem dem „Telegraaf“ gewährten Interview dahin zusammen-
gefaßt, daß er von der Unparteilichkeit und Objektivität
der Richter des Reichsgerichts vollkommen überzeugt worden sei.
Herr van Slooten beabsichtigt, die in Leipzig gewonnenen Eindrücke
schriftstellerisch zu veröffentlichen und sie demnächst der Öffentlichkeit zu
übergeben.

Stockholm, 11. Juli. (WZ.) Die Leipziger Prozesse,
schräbt „Svenska Dagbladet“, erweisen sich als das beste
bleher erprobte Mittel gegen den während des Krieges und nachher
geführten deutschlandfeindlichen Lügenkrieg. Die Wahrheit
kommt hierbei zu ihrem Recht, und es scheint schon jetzt klar, daß sie
viel weniger gefährlich für Deutschland und für die Angeklagten ist,
als die Apostel des Hasses in den Entente-Ländern hoffen.

Keine Zeit versäumt!

In Leipzig wird über Dinge verhandelt, die vor 4 bis 7 Jahren
schon ereignet haben. Die Fragen für viele dieser Vorfälle betreffen
sich zur Zeit des Ereignisses in der belligerenten Erregung, im Kampf,
im Hader; sie hatten bisher im Lazarett gelegen, hinter Stachel-
draht gefesselt, wieder gelämpft, Propaganda und Kriegsfolgen
aller Art auf sich wirken lassen müssen. Und nun verlangt man
von ihnen die reine Wahrheit und nichts als die Wahrheit.

In Weußen hat vor wenigen Tagen französisches Militär
waffenlose Deutsche überfallen und in der fürchterlichsten Weise
mishandelt. Die Vorfälle sind noch ganz frisch, Feinden von beiden
Seiten könnten einander gegenübergestellt, mit einiger Gewißheit
könnte die Wahrheit ermittelt werden.

Wenn man sie feststellen wollte.
Man hört aber nicht von unparteilicher gerichtlicher Unter-
suchung.

Dankt dem Völkerverbund hier nicht eine Gelegenheit, etwas zu tun?

Oesterreich und das Besgrader Attentat. Die auf Ersuchen der
jugoslawischen Behörden in Wien geführte Untersuchung hat
keinerlei Anhaltspunkte dafür ergeben, daß das Attentat
gegen den Prinzen Alexander in Wien vorbereitet worden
wäre. Auch für die Tätigkeit einer Mostauer Sowjetkassa oder
den Bestand einer Schule für Propaganda der Lat hat die Unter-
suchung nicht das geringste ergeben.

Paris, 11. Juli. (WZ.) Nach der Rückkehr des deutschen Sach-
verständigen Guggenheimer wurden heute vormittag um 3 1/2 Uhr im
französischen Außenministerium unter dem Vorsitz Loucheurs die
neuen Beratungen zwischen dem deutschen und französischen Sach-
verständigen wieder aufgenommen. Der „Antragsgeant“ schreibt:
Wenn unsere Informationen zutreffen, so wird das deutsch-fran-
zösische Abkommen um die Mitte dieser Woche abgeschlossen werden.

Französische Sozialisten gegen Sanktionen.

Paris, 11. Juli. (WZ.) Der sozialistische Abgeordnete
Leon Blum stellt im „Populaire“ fest, daß auch die unabhängigen
Sozialdemokraten im Reichstag die Sanktionen auf das schärfste ver-
urteilen. Inzwischen verstärkte sich in Frankreich der Widerstand.
Man spreche von der augenscheinlichen Schwäche des Ministeriums
Wirth. Man beharre bei der unsinnigen Auffassung, daß man durch
die Aufrechterhaltung der Sanktionen dem Ministerium mittelbar
Unterstützung leiste, während man es im Gegenteil diskreditiere und
vor der einmütigen öffentlichen Meinung vernichte. Und nun ver-
suche man auch noch aus dem beklagenswerten Ereignis von Weußen
Nutzen zu ziehen. Blum fragt, was die Angelegenheit mit den
Sanktionen am Rhein zu tun habe, die man lediglich wegen Ableh-
nung des ersten Londoner Abkommens durchgeführt habe. Die
Weußener Angelegenheit habe weder etwas mit der Re-
parationsfrage noch mit der Befragung der Schuldigen
zu tun, noch auch mit der Entwaffnung Deutschlands zu tun, denn
Oberschlesien stehe nicht unter deutscher Kontrolle. Der Abgeordnete
fordert alle Propagandisten und Führer der sozialistischen Partei
Frankreichs auf, sich gegen ein Manöver zu wenden, durch das man
den Versuch mache, hier falsche Auffassung zu verbreiten.

Kampf gegen die Kriegsmoral.

Brüssel, 10. Juli. (WZ.) „Peuple“ schreibt zur Entschiedenheit
des belgischen Kriegeministers, daß eine Heirat zwischen einem bel-
gischen Soldaten und einer Deutschen nicht gestattet werde: Wenn
man auf diese Weise unser moralisches Ansehen im Rheinland er-
höhen will, so ist man auf dem rechten Wege. Wenn man unseren
Soldaten gestattet, Postkarte in die Welt zu setzen und sie dann ver-
hindert, ihre Pflicht gegenüber jungen Mädchen zu erfüllen, die sich
ihnen hingegeben haben, dann zieht man den Haß gegen die Belgier
und ihre Misachtung groß.

Polens Minderheitenschutz.

Danzig, 11. Juli. (WZ.) Die deutschen Abgeordneten im
polnischen Sejm haben folgende Anfrage eingebracht: „Im Kreise
Gniezno (Deutsch-Polen) haben polnische Soldaten, die auf Domänen
stationiert sind, sich durch brutale körperliche Mißhandlung und
Kretierung der deutschen Domänenpächter unerhörte Uebergriffe
zuschulden kommen lassen. Was gedenkt die Regierung zu tun, um
diese Gewaltmaßregeln gegen ihre eigenen Bürger zu verhindern
und wie will sie verhindern, daß ähnliche Uebergriffe, die den Be-
stimmungen der Verfassung in Bezug auf Schutz der Person und
des Eigentums zuwiderlaufen, in Zukunft unterbleiben?“

Die jetzt in Posen bewaffnet eingetroffenen polnischen In-
surgenten aus Oberschlesien haben begonnen, Gewalttätigkeiten
gegen die deutsch-jüdische Bevölkerung zu verüben. Es wurde in
Jaroschin eine Anzahl Familien zur Flucht nach Posen ver-
anlaßt.

Frauenfriedenskonferenz.

Wien, 11. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In
der heutigen Sitzung der Internationalen Frauenliga für Frieden
und Freiheit erfolgte zunächst die Mandatsprüfung. Die politischen
Delegierten wurden vorläufig nicht zugelassen, weil sie nicht unter-
scheidbar zwischen Angriffskrieg und Verteidigungskrieg und auf dem
Standpunkt des radikalen Pazifismus stehen; ebenso die Vertre-
tinnen der tschechischen Vereine „Mutterberg“. In der Nachmittags-
sitzung sprach Dr. Anita Augustin (Deutschland) über Staat
und Erziehungsmonopol. Der Militarismus und Imperialismus, sowie
der verderbliche Rationalismus hätten gerade in der Staatsschule
ihre Wurzeln. Es werde nie gelingen, die Verständigung von Volk
zu Volk den Massen einzupflanzen, wenn man nicht dazu gelange,
das staatliche Erziehungsmonopol zu beseitigen. Die uniformierte
Staatsschule sei ein Kulturhemmnis, zerbräche jede Eigenart des
Charakters und schaffe Durchschnittsmenschen. Die Rednerin ver-
langt, daß die staatliche Schule reformiert und ihr das Monopol
genommen werde. Dr. Lydia Stöcker-Berlin führte aus, daß
in der Praxis die Dinge ganz anders aussehe, als die Referentin
geschildert habe. Gerade an den Privatschulen herrsche der Geist
der Unfreiheit. Wir brauchen Ausgestaltung der heutigen Schule,
größere Freiheit auch in den Staatsschulen.

Die Entenselkontrollkommission in Wien rüsten zur Abreise nach
Ungarn, um dort die Abrüstung gemäß den Bestimmungen von
Trianon zu überwachen. Das wird vermutlich viel nötiger sein als in
Deutschösterreich, wo man sogar Arbeiterkonsumvereine mit pro-
patorischer Waffensuche beauftragt hat. Bieleicht hat auch General
Segré mit seinen Leuten in Wien die Privatschulerei gar zu auf-
fällig getrieben und das Geschäft verdorben.

Die „entpolitisierte“ Regierung.

Von Konrad Haenisch.

In einem Artikel über das Kabinett Stegerwald
habe ich darauf hingewiesen, daß die von Herrn Stegerwald
propagierete Idee, die ganze Regierungs- und Verwaltungs-
arbeit den parteipolitischen Einflüssen zu entziehen, sie zu
„versachlichen“, sich auf den ersten Blick wunderschön aus-
nimmt, daß es sich aber letzten Endes dabei doch nur um ein
im besten Falle inhaltsloses, im schlimmeren Falle aber gemein-
gefährliches Schlagwort handelt.

Wie schon hört es sich z. B. an, daß das Ressort des
Landwirtschaftsministers nur von einem partei-
losen Sachkenner geleitet werden dürfe! In der Praxis wird
aber selbstverständlich die ganze Wirksamkeit des Landwirt-
schaftsministers stets von seiner politischen Grundeinstellung
bestimmt sein. Wie er politisch die Bedeutung des Groß-
grundbesitzes für den Staat einschätzt und wie er auf der
anderen Seite über die allgemein-politischen Wirkungen einer
großzügigen Siedlungspolitik denkt: das ist von entscheidender
Bedeutung für seine praktische Haltung in der Frage der
Fideikomisse usw.

Was die innere Verwaltung anbelangt, brauche
ich wohl gar nicht erst darauf hinzuweisen, daß für die Aus-
wahl des Oberpräsidenten, der Regierungspräsidenten und
ihres ganzen Stabes von Mitarbeitern wie vor allem auch
für die Besetzung der Landratsposten und der leitenden Stel-
len im Polizeiwesen die politische Orientierung des Innen-
ministers schlechthin entscheidende Bedeutung hat. Und sobald
Probleme auftauchen wie das der Ortschaften oder das des mittel-
deutschen Aufstandes, ist auch der „unpolitische“ Beamte so-
fort gezwungen, politische Farbe zu bekennen. Nur daß man
bei ihm stets mit einer Entscheidung im reaktionären
Sinne rechnen müssen!

Was das Justizministerium angeht, so soll und
darf die Rechtspflege selbstverständlich niemals zur dienenden
Magd einer politischen Partei herabgewürdigt werden. Die
Staatsanwaltschaften sind jedoch und müssen Organe der
staatlichen Autorität sein. In wie hohem Maße die Erfüllung
oder Nichterfüllung ihrer Aufgaben politischen Charakter hat,
das haben uns ja erst in jüngster Zeit wieder die Erörterungen
über die unterschiedliche Behandlung der Kapp-Rebellen auf der
einen Seite und der kommunistischen Arbeiter auf der anderen
Seite gezeigt. Ebenso wie die Auswahl und Instruierung der
Staatsanwälte, so ist auch die Besetzung der höchsten Gerichts-
höfe, z. B. des Oberverwaltungsgerichts, eine Angelegenheit
von höchster politischer Bedeutung und von größter Wichtigkeit
für den Bestand der neuen Staatsordnung. Daher kann auch
der Justizminister, der bei allen diesen Dingen das ent-
scheidende Wort zu sprechen hat, nun und nimmermehr ein
„unpolitischer“ Beamter, er muß vielmehr ein ausgesprochener
politischer Charakter sein.

Auch das scheinbar rein technische Finanzmini-
sterium ist in Wahrheit eine politische Instanz ersten Ran-
ges. Hat es doch so ziemlich bei jeder Verwaltungsfrage, die
irgendwie Geld kostet und welche kostet kein Geld?, ein
entscheidendes Wort mitzureden. Ein politisch reaktionärer
oder auch nur politisch farblosler Finanzminister kann durch
sein Beto jede großzügige Verwaltungsreform schon im
Keime sabotieren. Und will man wirklich einem vernünftigen
Menschen einreden, daß Angelegenheiten wie die Grundsteuer
und die Abfindung der Hohenzollern unpolitische Dinge
sind, die man „rein beamtenmäßig“ erledigen könne?

Um von dem Ministerium des Wiederaufbaues
zu reden: ist es wirklich gleichgültig, wie der Sachkenner, der
(selbstverständlich) an seiner Spitze stehen muß, politisch ein-
gestellt ist? Die Herren Rathenau und Stinnes beispielsweise
dürften an seine Sachkenntnis einander gleich sein. Aber für
Art und Ziel des Wirkens ist es natürlich entscheidend, ob der
Wiederaufbauminister mit den politisch wirtschaftlichen Idealen
eines Stinnes oder mit denen eines Rathenau an seine große
Aufgabe herantritt.

Endlich das Unterrichtsministerium, auf das
es die „besonders sachverständige Seite“ des „Deutschen“ vor
allem abgesehen hat! Das Unterrichtsministerium, so fordert
das Organ des Herrn Stegerwald, müsse bei einer etwaigen
Umgestaltung der Regierung von vornherein „ausgeschlossen“
werden. An seine Spitze dürfte keinesfalls wieder ein
„Parteipolitiker“ treten und Vorgänge, wie sie sich unter der
Leitung des sozialistischen Kultusministers abgespielt hätten,
dürften sich „niemals“ wiederholen.

Hier kommt der reaktionäre Bierdunst der ganzen
„staatspolitischen“ Anschauungsweise des Herrn Stegerwald
und seines Organs besonders deutlich zum Vorschein. Denn
was sind das für „Vorgänge“, die den Jörn des „Deutschen“
so erregen? Man höre: Die Schaffung der Elternbeiräte
und der Klassenvereine, die „unsinnige Hof“, in
der „nach Parteirücksichten“ Schulreform gemacht“ worden sei,
die Art, in der durch die Befestigung alter und die Schaffung
neuer Geschichtsbücher „von heute auf morgen“ Gewinn ge-
zuchtet werden sollte. Außerdem habe der sozialistische Kultus-
minister „bedeutendste Träger der Volksschulbildung durch leiben-
schaftliche parteipolitische Angriffe aufs Tiefste verletzt, weil

nie nicht wunschgemäß umzusetzen vermochten. Und dann folgt die ganze Vitanelei der „Fälle“, in denen der Schreiber dieses Aufsatze angeblich entscheidende Schulreformer zu unrecht gefördert, ihre Gegner aber schlecht behandelt habe.

Wer da weiß, daß dem sozialistischen Unterrichtsminister von Links her diese ganzen Jahre hindurch andauernd gerade ob seiner allzu vorsichtigen Haltung in allen diesen Fragen genau die entgegengesetzten Vorwürfe (und keineswegs immer ganz mit Unrecht!) gemacht worden sind, dem werden die Angriffe, die das Organ des neuen preussischen Ministerpräsidenten hier erhebt, nur ein Lächeln entlocken. Sie sind aber deshalb so wertvoll, weil sie auf das deutlichste zeigen, was sich hinter dem ganzen Gerede „Nicht mehr Parteipolitik, sondern Staatspolitik“ in Wahrheit verbirgt. Abkehr von jeder ernstlichen Reform, Stillstand und Rückschritt! Unfreiwillig beweist es so gerade der „Deutsche“, daß die Schule ein Politikum ist und bleibt. Womit natürlich hier ebensowenig wie vorher bei der Erörterung der Justizfragen gesagt werden soll, daß der Unterricht als solcher sich je in den Dienst eines bestimmten politischen Parteiprogramms stellen dürfe. Aber von allem klar auf der Hand liegenden unmittelbaren Zusammenhängen zwischen Politik und ministerieller Ressortarbeit einmal ganz abgesehen: die Minister sind nicht nur Leiter ihrer jeweiligen Ressorts — sie sind zugleich auch Staatsminister, Mitglieder des Gesamtministeriums und als solche für die Gesamtpolitik des Staates (man denke nur an die Fragen des Berufslebens!) verantwortlich. Ein Staatsministerium aber, da ganz oder auch nur zum Teil aus ausgesprochenen Nichtpolitikern besteht, ist ein Widerspruch in sich selbst, ist ein Unsinn. Insbesondere würde sich der Staat des parlamentarischen Regimes selbst aufgeben, wenn er die Führung seiner politischen Geschäfte dauernd in die Hand unpolitischer Beamten legen wollte.

Vom Standpunkt der Linken aus gesehen aber ist eine offen reaktionäre Regierung immerhin besser als eine Rechtsregierung, die sich hinter dem Wandschirm des „unpolitischen Beamtentums“ verbirgt.

Ueberhaupt ist der ganze Gegensatz „hier Parteipolitiker — hier Fachminister“ rein künstlich konstruiert. Auch Parteipolitiker und gerade sie sind oft genug schon ausgezeichnete Fachminister gewesen. Auf der anderen Seite aber haben niemals noch parteipolitische Minister auch nur annähernd so viel und so unsföhlische Unheil über Staat und Volk gebracht wie unsere „gelernten“ außenpolitischen „Fachminister“, von Gottlieb von Jagow und Zimmermann angefangen bis zu Herrn Stinnes.

Der Gegensatz, um den es sich bei der Politik des Herrn Stegerwald handelt, ist vielmehr ein ganz anderer: auf der einen Seite steht der Gedanke des aus der bürgerlichen und der sozialistischen Demokratie zusammengesetzten Linksblocks, wie er in den ersten Jahren nach der Staatsumwälzung in Preußen bestanden hat und wie er jetzt im Reich unter dem Ministerium Birth wiederhergestellt worden ist. Dieser Linksblock war und ist gewiß keines Politikers Ideal und er ist von manchem Fehler und Mißgriff nicht freizusprechen. Dennoch hat er — nehm' Alles nur in Allem — ein recht gutes Stück tüchtiger politischer Arbeit vor sich gebracht. Er und er allein ist es gewesen, der nach den fürstbaren Wägern des Zusammenbruchs den demokratischen Staat aufgebaut und ihm eine feste Grundlage zu schaffen verstanden hat. Die Erkenntnis, die diesem aus der bürgerlichen und der proletarischen Demokratie gemeinsam gebildeten Linksblock zu Grunde liegt ist die, daß alle wahrhaft auf dem Boden der Demokratie und der Republik stehenden Kräfte in gemeinsamer Arbeit aufboten werden müssen zum wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Wiederaufbau unseres Landes. Diese Arbeit aber kann — das haben die bitteren Erfahrungen der letzten Jahre leider nur allzu deutlich gezeigt — nur geleistet werden im entschiedensten Kampfe gegen rechts. Dieser Kampf und seine unbeirrte Durchführung ist sowohl

aus Gründen der inneren wie der äußeren Politik eine gebieterische Pflicht.

Solcher Erkenntnis aber verschließt sich hartnäckig Herr Stegerwald. Sein Kabinett ist geworden zum Kabinett des Bürgerblocks. Es wird parlamentarisch getragen vornehmlich vom Vertrauen der Rechten, die in den letzten Monaten oft und deutlich zu erkennen gegeben hat, daß sie das derzeitige preussische Ministerium um jeden Preis zu halten gedenkt. Alle Arbeiterparteien aber stehen diesem Kabinett nicht nur mit unverhohlenem Mißtrauen, sondern in scharfer, täglich wachsender Feindschaft gegenüber.

Vom Standpunkt des reinen Parteinteresses aus könnte sich die Sozialdemokratie mit dieser Lage der Dinge schließlich abfinden. Die ungebundene Stellung als Oppositionspartei bekommt ihr ausgezeichnet und auch die an sich bringend wünschenswerte Annäherung zwischen den einzelnen Arbeiterparteien wird durch diese Oppositionsstellung der Sozialdemokratie nur gefördert. Ob aber den Interessen des Landes — und das sind die höheren Interessen — damit gedient ist, wenn die durch die Teilnahme der Sozialdemokratie an der Regierungsgewalt in steigendem Maße gewachsene Erziehung der Arbeiterschaft zum staatlichen Verantwortlichkeitsgefühl und zur nüchternen Einschätzung realpolitischer Möglichkeiten von neuem unterbunden wird und wenn unsere Parteiverhältnisse immer mehr wieder denen der Vorkriegszeit angenähert werden: das steht auf einem anderen Blatt. Schon beginnen auch große demokratische Zeitungen den ganzen Ernst der Situation zu begreifen — ich erinnere nur an den kürzlich in der „Frankfurter Zeitung“ erschienenen Artikel über die Wiederauferstehung des schwarzblauen Blocks.

Es ist tief bedauerlich, daß diese ganze, auch für das Reich verhängnisvolle Entwicklung der preussischen Dinge gerade mit dem Namen Adam Stegerwalds verknüpft ist, der — bei dem starken sozialen Gefühl und dem ehrlichen demokratischen Empfinden seines Trägers — einst auch in sozialistischen Kreisen einen guten Klang hatte. Auch einigen anderen Namen begegnet man sehr ungern in einer Regierung, die in einen immer schrofferen Gegensatz zur Linken und zur gesamten sozialistischen Welt tritt. Aber seine Sentimentalität, auch noch keine noch so engen persönlichen Beziehungen zu dem einen oder dem anderen menschlich schätzenswerten und sachlich tüchtigen Mitgliede dieses Ministeriums dürfen daran hindern, klipp und klar auszusprechen, was ist. Das heißt in diesem Falle: Auszusprechen, daß das Kabinett Stegerwald eine schwere politische Gefahr bedeutet und daß deshalb seine Beseitigung ein Gebot vaterländischer Notwendigkeit ist.

Belastet die Goldwerte!

Gegenüber dem deutschnationalen Geschrei gegen die Belastung der Goldwerte, namentlich gegenüber den Klopffechtereien Helfferichs, sei daran erinnert, daß Helfferichs Kasseler Intimus, der deutschnationale Rechtsanwalt und Stadtverordnete Brill, in einer Eingabe an eine Militärbehörde am 21. Juli 1916 — wie erst kürzlich an Gerichtsstelle erwiesen worden ist — Folgendes geschrieben hat:

„Die Landwirte bereiten ständig allen Anordnungen der Behörden nach Möglichkeit schon ohne weiteres Schwierigkeiten, obwohl gerade sie es sind, die sämtlich infolge des Krieges glänzende Geschäfte gemacht haben.“

Der Behauptung, daß sämtliche Landwirte glänzende Geschäfte gemacht haben, widersprechen wir. Gewiß haben sich auch die schwerarbeitenden Kleinbauern von mancherlei drückenden Schulden, die sie vor dem Kriege gemacht hatten, erholen können, aber „glänzende Geschäfte“ haben in der Hauptsache doch wohl die größeren und größten Bauern gemacht, also gerade die, über die jetzt die deutschnationalen schühend ihre Hände halten, damit ihnen nicht zu viel von den glänzenden Geschäften wieder weggenommen wird.

Was aber den Großen in Handel, Industrie und Landwirtschaft nicht an Steuern und sonstiger Belastung abgenommen wird, das müßten die Kleinen in Dorf und Stadt zahlen!

Satyrspiel zur Einigung.

Die „Rote Fahne“ ist natürlich überzeugt, daß die Einigung des Proletariats nur auf dem bewährten Boden kommunistischer Grundsätze vor sich gehen kann. Sie stellt verschiedene Stimmen zusammen, in denen die Größe der reaktionären Gefahr geschildert wird, und fährt dann triumphierend fort:

Was ergibt sich daraus für jeden Klassenbewußten Arbeiter, wenn er sich erst soweit in der Beurteilung der Lage durchgerungen hat? Wir sind von einem Regime, wie es heute in Horthy-Ungarn besteht, bedroht. Der erste Erlaß der Kapp-Regierung war die Androhung der Niederschlagung jedes streikenden Arbeiters. Der Sieg der Gegenrevolution bedeutet Tod für Millionen Arbeiter, bedeutet einen bisher in Deutschland noch nicht erlebten weißen Terror. Angesichts dieser Lage ist die erste und wichtigste Aufgabe der Arbeiter Entwaffnung der Bourgeoisie, Bewaffnung des Proletariats. Jetzt gibt es kein Ausweichen mehr, der offenen drohenden Diktatur der Gegenrevolution gegenüber heißt es die offene Diktatur des Proletariats vorbereiten. Das ist für jeden Klassenbewußten Arbeiter klar.

Da steht man und staunt. Bis jetzt hatten wir aus der „Roten Fahne“ als gläubige Leser der Ueberzeugung gewonnen, daß die Ebert-Republik der Schinderechter der Bourgeoisie sei, daß der weiße Terror nirgends schonungslos wüte, als wo Sozialverräter Minister sind, daß es überhaupt gar nicht schlimmer kommen könne, als es ohnehin schon ist. Und nun auf einmal dieser markerschütternde Angstschrei, diese bebende Warnung vor Zuständen, die noch nicht sind, aber kommen könnten!

Das Rezept der „Roten Fahne“, das Kommen dieser Zustände zu verhindern, erschöpft sich in dem Papageienschrei „Entwaffnung der Bourgeoisie, Bewaffnung des Proletariats“. Wie man das macht, wird nicht verraten. Bis jetzt hat die Taktik der Kommunisten noch immer dazu geführt, das Proletariat immer weiter zu entwaffnen, die Bourgeoisie immer schwerer zu bewaffnen. Fortschreiten auf diesem Wege, heißt gewaltam die Zustände herbeiführen, die die „Rote Fahne“ in den schwärzesten Farben malt.

Und die „offene Diktatur des Proletariats“! Wird darunter, wie es nicht anders sein kann, die Diktatur der löblichen KPD-Zentrale über das Proletariat und über ganz Deutschland verstanden, so mögen sich selbst die Leviten bei diesem Gedanken bekreuzen. „Diktatur des Proletariats“ im Sinne der „Roten Fahne“, das heißt nichts anderes, als daß ein paar Rindsköpfe gewaltsam die Macht an sich reißen und solange Unzufriedenheit, bis sie unter allgemeinem Jubel der Bevölkerung wieder davongejagt werden. Vergißt denn die „Rote Fahne“, daß „Horthy-Ungarn“ natürliches Produkt der Budapestter Räterediktatur ist? Spotten ihrer selbst und wissen nicht wie!

Im Bericht der „Freiheit“ über die sächsische Landestagung der USP, findet sich folgende interessante Stelle:

Gegen die Amtsführung des Arbeitsministers Jaedels wurden Beschwerden nicht erhoben, sie fand mehrfach ausdrückliche Anerkennung. Dagegen wurde eine Aeußerung Jaedels in einer Parteiverammlung in Plauen, daß in Ländern, wo keine sozialistische Mehrheit bestehe, unter Umständen die Beteiligung unserer Partei an einer Regierung mit bürgerlichen Parteien erwogen werden müsse, mehrfach kräftig kritisiert. Genosse Jaedel, der am Sonnabend anwesend war, aber am Abend abreisen mußte, betonte, daß er in Ländern mit sozialistischer Mehrheit, also in Sachsen, die Ablehnung der Zusammenarbeit mit Bürgerlichen für selbstverständlich halte.

Ein Antrag Rössch (Dresden), wonach die Landesversammlung erklären sollte, daß sie die Auffassung Jaedels entscheide-

Studenten.

Mein Weg führt mich täglich an der Universität vorüber, immer zu einer Zeit, da die Dünge der Wissenschaft hinein- oder herausströmen. Immer bleibe ich ein Viertelstündchen stehen, deswegen gehe ich ja früher von meiner Wohnung fort. Die Studenten interessieren mich. Nicht etwa, weil ich auch einmal einer war.

Sieht man hundert Arbeiter eine Fabrik verlassen, so ist es, trotz mannigfacher Verschleidenheiten, doch immer ein Typ, der sie alle gleich macht, der Typ des Arbeiters, oder man sieht Hunderte von Begehrten ihr Geschäftshaus verlassen, so ist es auch hier wieder, trotz der mannigfachen Unterschiede, zum Beispiel in der Kleidung, ein Typ, der Typ des Stehtragenproletariats.

Doch hier, vor der Universität, ist jeder der hinein- oder Herausgehenden ein Typ für sich:

In festem Weich, die Röhre im Genick, das Band quer über der Brust, der „Teutsche Heldenjüngling“, System Bierkimpel, das Einglas, deutsch Monokel, im Auge, welches sonst zufallen würde, ein schwarzweißes Bändchen im Knopfloch: der Rejere-offizier,

im hohen Stehtragen (bis über die Ohren), mit riesigem Vatermörder und stupidem Gesichtsausdruck: der Sprößling eines Kroutjunkers,

mit Schillertragen, nackten Knien, die nicht immer sauber zu sein brauchen, lodiger Mähne: der Freideutsche,

in die Höhe geschossen, schlank wie eine Bohnenstange, den Kiemer, der jeden Augenblick herunterzufallen droht, auf der spitzen Nase: die geistige Jungfer,

nach neuester Mode gekleidet, nie allein, kokett, mit höchsten Stiefelchenabstößen: die zukünftige kuorierte „Hausfrau“, dick, plump, mit echter Krawattenknoten, Lackshuhen, Bügelstange, dieser Jigorre mit Bauchbinde: der Sohn des Schieberers bzw. Kriegsgewinnlers.

Deutschlands Zukunft! Mir wird angst und bange, wenn ich daran denke. Ihr sollt uns dereinst herausführen aus all unserer Not, unserem Glend?

Doch ein Trost ist mir geblieben: ganz zuletzt kommt immer noch ein Rödel, braungebraunt, ernst, ohne Kopfbedeckung, in einfachen, nettem Weich, auf der Brust in Form einer Brosche das Abzeichen unserer Arbeiterjugend.

Noch mehr solche wie du und mir ist nicht bange!

Kurt Köppler.

Konferenz der Arbeiterbibliothekare. In der Arbeiterhochschule Gera-Linz tagte vom 3. bis 5. Juli eine Konferenz der Arbeiterbibliothekare, die von 74 Personen besucht war. Teilweise waren es Berufsbibliothekare, teilweise Arbeiter, die nebenamtlich als Bibliothekare tätig sind. Der Direktor der Stadt-

bibliothek Lübeck, Willi Biecht, trat in seinem Referat: „Selbständige Arbeiterbibliotheken oder Gemeindebibliotheken?“ für die Kommunalisierung der Bibliotheken ein, wobei diese öffentlichen sächsischen Bibliotheken auch der Pflege der sozialistischen Weltanschauung gebührenden Raum gewähren müßten. Wesen-Gera versprach zu diesem Zweck eine ständige Kontrolle der Gemeindebibliotheken durch Arbeitervertreter, vor allem durch die sozialistischen Gemeindevertreter. Die Arbeiterzentralbibliothek München, eine Musterbibliothek ihrer Art, wird jetzt ebenfalls von der Gemeinde übernommen, wie ihr Bibliothekar Seher-München mitteilte.

Der der Zersplitterung der Arbeiterparteien entsprechenden Zersplitterung der Arbeiterbibliotheken soll von Seiten der Gewerkschaften entgegengegearbeitet werden, wie folgende Resolution kundgab: „Die vom 3. bis 5. Juli in Schloß Litz bei Gera tagende Konferenz der Arbeiterbibliothekare richtet an den ADGB, sowie an die Bildungsausschüsse der sozialistischen Parteien das Ersuchen, dahin zu wirken, daß die bisher in den einzelnen Gewerkschaften bestehenden Gewerkschafts- und Parteibibliotheken in einem Ganzen sich zusammenschließen.“

Um eine Zentralstelle für das Arbeiterbibliothekwesen ins Leben zu rufen, wählte die Konferenz einen Ausschuss von 5 Personen: Henning, Herausgeber des „Bibliothekar“, Gerhard Sauer, Frankfurt a. M., Direktor Willi Biecht-Lübeck, Siegle von der Gewerkschaftsbücherei Berlin und Jos. Seher-München.

Dantes 600. Todestag in den Schulen. Der preussische Unterrichtsminister hat angeordnet, daß im Laufe dieses Jahres, zumal im September in den höheren Lehranstalten sowie in den Lehrerbildungsanstalten Dantes gedacht wird. In dem hierzu ergangenen Erlaß heißt es: „Im September 1921 wird in allen Ländern, soweit die europäische Kultur reicht, die 600. Wiederkehr des Todestages Dante Alighieris gefeiert werden. Ueber die Schranken der Völker und Zeiten hinweg gedenkt auch das deutsche Volk dieses großen Mannes und seines unsterblichen Wertes, mit dessen Deutung die besten deutschen Geister gerungen haben. Mehr als jeht scheint es nötig, dem itztlichen Ernst, der strengen Gerechtigkeitstriebe zu hulbigen, die Dante verkörpert. In schwerer Zeit wird die „Ettliche Komödie“ mit dem tiefen Einblick in das Menschenleben, ihren erhabenen Ideen, ihren ersten Mahnrufen zur inneren Einkehr Verständnis finden.“

Ein Seminar für Sprachkunde hat das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht in Berlin eingerichtet. Der Kultusminister ersucht die Regierungen und die Provinzialaufsichtscollegien, die Lehrkräfte der höheren Lehranstalten für die männliche und weibliche Jugend, der Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten, der Mittelschulen und Volksschulen hierauf aufmerksam zu machen. Der dritte Jahrgang des Seminars beginnt am 3. Oktober und dauert bis zum 22. Dezember. Das Seminar will eine gründliche Einführung in die gesamte Sprechlehre bieten. Anträge auf Urlaub zur Teilnahme an dem Lehrgang sollen nach Möglichkeit genehmigt werden. Beihilfen können aber nicht zur Verfügung gestellt werden.

Der hervorragende Dramatiker Deutschlands, Sudermanns Dichterruhm ist in Deutschland verblühen. Der frühere Liebling unseres bürgerlichen Publikums kann seine Stücke heute nur noch

mit Hilfe der Gerichte auf die Bühne bringen. Sie werden nicht im Namen der Kunst, sondern „Im Namen des Geistes“ inszeniert. In Rom aber sind dieser Tage seine „Raschhoffs“ mit großem Erfolg gespielt worden und die italienische Kritik feiert ihn als den „hervorragendsten Dramatiker Deutschlands“. Wir gratulieren Herrn Sudermann und kondolieren Deutschland.

Die Französisch-ungarische Propaganda. Der bekannte schweizerische Schriftsteller Benjamin Ballaton, seit mehreren Jahren Lehrer des Französischen und der Religionsgeschichte am klassischen Gymnasium in Zürich, der sich schon während des Krieges in den Dienst der französischen Propaganda stellte, wird nach Straßburg übersiedeln, um die Verbreitung der französischen Sprache im Elsaß zu organisieren.

Die „Ligue Francaise“ hat es unternommen, in jeder der 1800 Ortschaften Elsaß-Lothringens eine Bibliothek zu gründen. Zu diesem Zwecke hat sie schon ungefähr 80 000 Bücher an 1200 Ortschaften geschickt. Um ihr Werk durchführen zu können, bittet sie alle Franzosen um neue Bücherpenden.

Wenn die französischen Chauvinisten ihre Franzosierungsbestrebungen mit demselben Geschick betreiben wie einst die deutschen ihre Germanisierungsaktion, dann können sie bei den Elsaßern ihr blaues Wunder erleben: Man merkt die Absicht und man wird verstimmt. Und die Verstimmung äußert sich leicht in widerborstiger Opposition.

„Inogrohaber“. Ja, was mag das sein? Ein neuentdeckter Jäthnolaurier? Ein Krater auf dem Mond? Ein Gemisches Präparat? Der Name des nächsten Modetanzes? Ach nein, es ist der Name eines Vereins. Die Rotgeldhändler haben sich, des langen Alleinseins müde, zusammengeschlossen zu der „Internationalen Rotgeld-Groß- und Kleinhändler-Vereinigung“, kurz und wohlklingend: „Inogrohaber“. Es wäre gewiß bedauerlich gewesen, wenn der Handel mit Rotgeld nicht innerhalb einer wohlgefestigten Organisation wachsen und gedeihen könnte. Welchen Verlust aber würde es gar für den deutschen Sprachschatz bedeuten, wenn dieser blühende Vereinsname ungeboren geblieben wäre!

Die Ansichtskartenammlung des Blaubarts. Landru, der vielgenannte französische Frauenmörder, der als Blaubart redivivus zu so trauriger Berühmtheit gelangte, ist im Gefängnis von Versailles damit beschäftigt, die Ansichtskarten und Photographien, die ihm zugegangen sind, zu einer Sammlung zu vereinigen. Es vergeht kein Tag, an dem er nicht wenigstens hundert Ansichtskarten erhält, die ausschließlich von Damen geschrieben sind. Dem größten Teil der Sendungen liegen Photographien bei. Ein Teil der Schreiberinnen spricht dem Würder Mut zu, andere weisen ihm seine Mißetaten vor und erklären, daß die Guillotine noch eine viel zu leichte Strafe für seine Taten sei. Seit seiner Verhaftung hat der Blaubart von Gambais seiner Sammlung weiblicher Ansichtskarten nicht weniger als 22 000 Stück einverleiben können.

Ein erbaulicher Beitrag zur Psychologie der „Damenwelt“ im Zeitalter der zusammenbrechenden kapitalistischen Epoche.

Die Städtischen Volkskonzerte des Wäthner-Cräfters im Juli finden statt: Germania-Säle 20. und 27., Wäthner-Saal 22. und 29., Saaneer-Ringstraße 25. Juli.

Groß-Berlin

Zupfgeigenklänge.

Die steuerpflichtige Gemütlichkeit.

Es ist wahrhaft herzerfrischend, daß in unserer traurigen Zeit der Not der Humor noch nicht ausgestorben ist, und daß auch zu weilen dafür gesorgt wird, daß auch die Gemütlichkeit zu ihrem Rechte kommt. Nur eins ist dabei zu befürchten, nämlich, daß sie eines Tages als steuerwürdiges Objekt entdeckt und durch mehr oder minder ergiebige Besteuerung erdrückt wird. Da gibt es gar nichts zu lachen: die Gefahr ist groß, sie ist schon da, es hat bereits eingeschlagen, und das kam so:

Die Genossinnen einer Abteilung beschloßen, sich in einem Gartenlokal zu treffen, in dem „Familien Kasse lachen können“, und dort einen Nachmittag in gemütlichem Beisammensein zu verbringen. Alles glückte nach Wunsch. Bald dampfte der Kaffee in Kannen und Tassen und die Unterhaltung flutete hinüber und herüber. Hausfrauenfragen, politische Fragen und anderes mehr fand reichliche Erörterung und die Zeit verrann im Fluge. Nichts störte die Harmonie. Als jedoch zur Verschönerung des Beisammenseins die Söhne einiger Genossinnen aus dem Stegreif heraus wieder zur Laute sangen, lockten die Zupfgeigenklänge einen Kontrolleur des Steueramts herbei. Der runzelte die Stirne, hinter der es mächtig arbeitete, und plötzlich war er mitten unter der fröhlichen Gesellschaft und erklärte kategorisch, daß diese „Beranstellung“ besteuert werden müsse, und daß außerdem Strafe zu zahlen sei, weil keine vorschriftsmäßige Anmeldung erfolgt sei. Allgemeine Verblüffung. Proteste halfen nichts. Der eifrige Beamte stellte die Personalien der Abteilungsleiterin fest und am nächsten Tage machte ihr ein gestrenger Radi klar, daß Kaffee lachen mit Musik eine steuerpflichtige Lustbarkeit sei und daß sie als Gesehensüberreiterin 25 Mark Strafe zu zahlen habe. Im Falle der Nichtbezahlung wurde Pfändung angedroht.

Das ganze mutet an wie ein Schilddrüsenstreik. Und jeder unbefangene Leser ist versucht, die Erzählung in das Reich der Fabel zu verweisen. Dem ist leider nicht so, denn dieser Vorgang hat sich am Donnerstag, den 7. Juli 1921, in Reukölln ereignet, als Genossinnen der 91. Abteilung sich im Karisgarten in der Karisgartenstraße getroffen hatten, wo sie an vier Tischen ihren Kaffee tranken und plauderten.

Es mag sein, daß manchmal versucht wird, die Lustbarkeitssteuer dadurch zu umgehen, daß scheinbar aus der Mitte der Gäste heraus Unterhaltungen der Besucher im Einvernehmen mit dem Wirt veranstaltet werden. Aber in diesem Falle trifft eine solche Annahme zweifellos nicht zu.

Eine solche Ueberbannung des Begriffs der Lustbarkeitssteuer wirkt zweifellos lächerlich, ist aber auch durchaus geeignet, Verblüffung zu erzeugen. Eine solche Auslegung kann niemals im Sinne der Gesetzgeber gelegen haben und es erscheint angebracht, daß gegen solches Vorgehen energig Front gemacht wird. Es scheinen doch in manchen Gesezen und Verordnungen „merkwürdige stillwirkende Kräfte“ vorhanden zu sein, von denen weder der Gesetzgeber noch der Volk sich etwas träumen läßt, und es gilt noch immer das Wort des Dichters:

„Im Auslegen seid ihr frisch und munter,
legt ihr's nicht aus, so legt was unter.“

Mit fremden Federn.

Wie erinnerlich, hatte der „Vorwärts“ in Nr. 167 vom 10. April d. J. in einem Artikel dagegen Einspruch erhoben, daß Filmsensationsdarsteller einzelne Sensationen durch Artisten in ihrer Waskte ausführen lassen und den „Ruhm“ für diese Leistungen einheimischen, während die Artisten, die leider oft genug ihr Leben aufs Spiel setzen müssen, unbekannt bleiben.

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

Er ging fort und sah sich nicht mehr nach ihr um. Hinter alles das, das er hier erlebte, setzte er, nachdem es vorbei war, einen Schlupfwinkel. Und mit Spannung blickte er schon wieder nach neuem aus, das er ohne jeden Uebergang genoss. — in der Art, wie es in der Tat nur Menschen können, die träumen.

In Meran wurde er von Propop erwartet, der für ihn im Hotel zwei Zimmer belegt hatte.

Reisner zog sich um und erschien im Abendanzug im Saal. In der Tür prallte er mit einem alten Herrn zusammen, der, als er ihn sah, einen leisen Pfiff von sich gab, nach seiner Hand haßte und diese schüttelte: „Alle Weiter, Sie! Wissen Sie, daß ich schon seit Wochen an Sie denke und immer die nebelhafte Hoffnung hege, Sie irgendwo zu treffen? . . . Kommen Sie! Kommen Sie mit! Gehen wir in den Garten, wo wir einen Winkel finden werden, in dem wir uns ungestört unterhalten können!“

Reisner starrte auf den Alten wie auf eine Erscheinung. Es war der Justizrat Doktor Eberhard Lorm aus Hamburg, der seit Anfang dieses Jahres die Praxis niedergelegt hatte und der nun, wie er erzählte, auch hier in der Nähe von Meran ein Haus suchte, das recht abgelegen und anderen Menschen möglichst unzugänglich war. Freilich, es war ihm bisher nicht gelungen, ein solches Haus zu finden.

Sie fanden eine stille Ode, und während Reisner sein Abendbrot verzehrte, sog der Alte an seiner Zigarre und stellte immer neue Fragen, die Reisner, der seine Fassung wiedergewonnen hatte, nur soweit beantwortete, als er es für angebracht hielt.

Doch der Alte schien über alles, was Reisner betraf, vortrefflich unterrichtet zu sein, denn er gab mit einem boshaften Nicken seiner Zufriedenheit darüber Ausdruck, daß es Reisner so gut verstanden habe, aus den Lehren, die er, der Justizrat, ihm vor einem Jahre gegeben habe, praktischen Nutzen zu ziehen. „Oder leugnen Sie es, daß ich es gewesen bin, der Sie auf die Bahn gewiesen hat, die Sie jetzt so erfolgreich beschreiten?“ fragte er.

Doch Reisner blieb einsilbig, denn die unerwartete Begegnung hatte alles das wieder in ihm aufgeweckt, das für einige Wochen zu vergessen er hierher gekommen war.

Allein der Alte gab ihm nicht frei. Er grub mit Behagen in der Vergangenheit des anderen herum und förderte immer neue Einzelheiten zutage, die er sorglich ausbreitete, von denen er besondere Kräfte gleichsam aufspitzte, um sie mit einem

Das Landgericht III hat nunmehr über die Frage entschieden, ob es eine Täuschung des Publikums ist, wenn ein Filmsensationsdarsteller einzelne Sensationen durch Artisten in seiner Waskte ausführen läßt. Dem Sensationsdarsteller Harry Piel war in der Monatsfilmzeitschrift „Filmhölle“ u. a. der Vorwurf gemacht worden, er täusche sein Publikum, indem er seine Sensationen von anderen Artisten in seiner Waskte heimlich herstellen lasse. Das Landgericht III, das der Filmstarsteller anrief, kam u. a. zu dem Ergebnis, daß tatsächlich in fünf Fällen Artisten in der Waskte Harry Piel Sensationen vollbracht haben. „Darin liegt“, so heißt es in der Begründung des Gerichts, „zweifellos eine Täuschung des Publikums, denn der Zuschauer muß annehmen, daß auch diese gefährlichen Sachen von dem Hauptdarsteller persönlich ausgeführt werden, und es soll dies nach dem Willen des Hauptdarstellers annehmen, da es sonst unnötig wäre, dem einprägnanten Artisten in der Waskte des Hauptdarstellers auftreten zu lassen.“ „Man muß im vorliegenden Falle“, so äußert sich das Gericht weiter, „berücksichtigen, daß Harry Piel in den weitesten Kreisen des Filmpublikums, wie er offenbar auch selbst weiß, als einer der hervorragendsten Sensationsdarsteller bekannt ist. Es liegt also, zu diesem Schluß kommt das Gericht, in dieser für die Filmwelt sehr interessanten Frage mithin tatsächlich eine vom Hauptdarsteller mit herbeigeführte objektive Täuschung des Publikums vor.“ Die Klage Harry Piel, der Filmzeitschrift die Behauptung, daß er seine Sensationen nicht immer selber ausführe, für die Folge zu verbieten, wurde denn auch von dem Gericht abgewiesen. Ingegnen wurde auf dem Wege der vorläufigen Verfügung untersagt, fernerhin zu behaupten, daß Harry Piel seine Angestellten und Tiere regelmäßig mißhandele. Die Filmzeitschrift hat gegen dieses Urteil beim Kammergericht Berufung eingelegt.

Die gefälschten Ein- und Ausfuhrscheine.

In dem Prozeß Stiller, Böbmer und Genossen wurde gestern die Beweisaufnahme fortgesetzt. Die chemische Fabrik von Brückner u. Co. in der Schweiz wollte im Frühjahr mehrere Baggons Knochenleimgallert einführen und hatte sich, da ihr Schwierigkeiten entstanden, an Böbmer mit der Bitte gewandt, drei Einfuhrscheine zu besorgen, für die sie 40.000 M. zahlte. Der Angeklagte Böbmer legte vor Gericht besonderen Wert darauf, daß er von diesem Gelde nichts erhalten, sondern die ganze Summe an Stiller weitergegeben habe. Die Unedelmütigkeit der Scheine wurde bei der Einfuhr der Ware auf dem Hauptzollamt in Lindau erkannt und daraufhin die ganze Sendung für verfallen erklärt.

Im Juni 1919 hatte die Firma Mangel u. Köffer von der bayerischen Heeresverwaltung Flugzeuge erworben und von diesen 30 Flugzeuge ohne Motoren an eine spanische Firma in Barcelona verkauft. Die Bewilligung zur Ausfuhr verhoffte sich die Firma durch die Vermittlung Böbmers, der ausdrücklich erklärte, daß die Scheine vollständig in Ordnung wären. Das Hauptzollamt München hat die Ausfuhr der Flugzeugsteuer verhindert, weil sie nach dem Vertrag von Versailles ungesetzlich war und auch festgestellt wurde, daß die Scheine gefälscht waren. Die für diesen Fall bezahlten 115.000 M. sind in der Weile verteilt worden, daß Stiller einmal 50.000 M. und später nochmals 25.000 M. und Krufe 30.000 M. erhalten haben. Gegen diese Darstellung erhob Böbmer zahlreiche Einwendungen.

Die Erörterung über die weiteren Anklagepunkte kamen gestern nicht zum Abschluß. Da am heutigen Dienstag vom Schwurgericht eine andere Anklageerhebung erledigt werden muß, wird der Prozeß erst am Mittwoch fortgesetzt werden.

Eine Dungsabfalle mitten in der Stadt!

Unerträgliche Zustände herrschen am Urbanhafen, seitdem dort eine Dungsabfalle eingerichtet worden ist. In der Kriegszeit mo der Stadtteil mit dieser Einrichtung „beglückt“ wurde, war ja die Bevölkerung gewöhnt, sich viel gefallen zu lassen. Auch vor dem Dungs am Urbanhafen drückten damals die Bewohner der Nachbarschaft ein Auge und die Nase zu, aber mit der Zeit ist die Sache denn doch zu arg geworden, daß ihnen allmählich die Geduld reißt.

Jahraus jahrein werden dort fast täglich Zillen mit Dungs beladen, den ein Unternehmer anscheinend aus Pferde-, Kuh- und Schweinefläßen der Stadt auf Fuhrwerken herbeibringen läßt, um ihn zu Wasser den Bondleuten zuzuführen. Ramentlich an heißen Sommertagen, wie wir sie jetzt wieder haben, gibt

es da einen Gestank, der einem den Atem benehmen kann. Diese Zustände sind auch deshalb höchst bedenklich, weil durch Fliegen, die sich auf dem Dungs niederlassen und von da in die Wohnungen gelangen, Ansteckungsstoffe verbreitet und Krankheiten verursacht werden können. Allen Klagen und Beschwerden, die bisher aus der Nachbarschaft gekommen sind, ist der Erfolg verjagt geblieben. Es wäre möglich, die Dungsabfalle mindestens von den Wohnhäusern des Manufers weg nach der Nordseite des Hafens dahin zu verlegen, wo kein Wohnhaus, sondern nur eine ohnedies von üblen Dünsten umgebene Gasanstalt steht. Aber warum wird überhaupt diese Dungsabfalle mitten in einem längst voll bebauten Stadtteil beibehalten? Warum wird sie nicht nach einer erst wenig oder nach gar nicht bebauten Gegend verlegt? Die Hofenverwaltung des Magistrats steht die Ladegeld des Dungs ladenden Unternehmers ein und kümmert sich nicht um die gesundheitsgefährdenden Zustände, die dort bestehen. Es tut not, daß einmal das Gesundheitsamt eingreift.

Bezirksversammlungen.

Die Bezirksversammlung Wedding nahm in ihrer Freitagssitzung zunächst die Einführung des Bezirksamtsordnenden Weide (S.W.) vor, um sich dann mit den Umständen im Bedigenheim zu beschäftigen. Der zu dem Zweck eingeleitete Ausschuh hatte sich in mehreren Sitzungen mit den Beschwerden zu beschäftigen gehabt, die vom Mieterbund des Bedigenheims gegen den Geschäftsführer Herrn Drecher eingereicht waren und dem eine ganze Reihe Verordnungen zur Last gelegt wurden. Konnten auch nicht für alle Anklagepunkte positive Beweise erbracht werden, so reichten die wenigen zur Sprache gebrachten Fälle doch aus, Herrn Drecher zu beurlauben und seiner Funktion im Bedigenheim — das städtische Besitz ist — zu entheben. Der von unserer Fraktion im Ausschuh gestellte Antrag wurde in der Freitagssitzung mit den Stimmen der äußersten Linken und äußersten Rechten angenommen. Sodann wurde die Bildung mehrerer Deputationen vorgenommen. In die Deputation für Grundeigentum wurde unsererseits Genosse Pattiok delegiert, Bauwesen: Kersin, Schule, Kunst, Bildung: Fuß, Wohlfahrt: Drows, Jugendpflege: Echterbecker und Weide, Wob- und Gesundheitswesen: Prolat und Genossin Scholz, Kriegshinterbliebenen: Drows.

13. Bezirk. Tempelhof. Die letzte Sitzung währte bis 11 Uhr nachts. Eine Eingabe von Lichtenrader Kolonisten forderte auf, dahin zu wirken, daß die Verhältnisse nach Lichtenrade und Marienfelde durch Ausbau und Anschluß der Straßenbahn verbessert werden mögen. Bürgermeister Genosse Groß erklärte, daß das Bezirksamt wegen dieser Angelegenheit beim Berliner Magistrat bereits vorstellig geworden sei, aber einen abschlägigen Bescheid erhalten habe. Der Mieterbund und Mariendorf-Südende protestierte in einer Eingabe dagegen, daß das Bezirksamt in Tempelhof belassen wird. Die Räume, in denen es untergebracht ist, könnten mit geringen Kosten für Wohnungen umgebaut werden, wodurch die Wohnungsnot etwas vermindert werde. Eine unabhängige Anfrage wegen des brachliegenden Geländes der Siedlungsgesellschaft Lichtenrade wurde dahin beantwortet, daß das Bezirksamt auf diese private Gesellschaft keinen Einfluß habe. Eine Vorlage des Bezirksamtes, welche Mittel zur Gewährung einer Entschädigung an solche städtischen Arbeitskräfte verlangt, die wegen Betriebseinschränkung aus dem Dienst entlassen sind, wurde auf Antrag unseres Genossen Müller an das Bezirksamt zurückverwiesen, damit die Entlassungen rückgängig gemacht werden. Hierauf erfolgten Wahlen für verschiedene Kommissionen. So wurden in den Haushaltungsausschuh u. a. unsere Genossen Burgemeister und Henschel, in den Wahlausschuh Genosse Martin Müller und in den Beschwerausschuh die Genossen Dähne und Gerlach gewählt. Bei dieser Gelegenheit reichten die Kommunisten einen Antrag ein, welcher sich gegen den Erlaß des preussischen Ministers des Innern richtet, nach welchem den Kommunisten bei Uebernahme öffentlicher Ämter die Bestätigung verjagt werden kann. Sie seien keine Bürger zweiter Klasse und wollen im Interesse der Allgemeinheit mitarbeiten. Der Antrag wurde abgelehnt. In der Angelegenheit der Lichtenrader Schule wurde folgender Antrag angenommen: „Die durch Abbau der Vorschule freierwerdenden Räume sind der Volksschule zu überweisen. Eine Teilung der bestehenden Sexta bzw. Einrichtung einer zweiten Sexta im Jahre 1922 darf nur erfolgen, wenn die Zahl der einheimischen Schüler dieses notwendig macht.“ Außerdem soll ein Neubau angefügt werden, damit die Schule am 1. April 1922 in einem Hause vereinigt werden kann.

faunischen Grinsen Reisner hinzuhalten, der nur schwer jenen kühlen Ton fand, der den Alten abwehren sollte.

„Ich kenne jetzt auch Ihren Freund“, sagte der Alte, „jenen, von dem Sie mir damals sagten, daß er Ihr einziger sei. . . also, ich kenne auch dessen — Freundin!“

Reisner verfärbte sich und war unter einem maßlos gespannt. „Wie?“ fragte er.

„Ach, Sie sind neugierig?“ höhnte der Alte. „Nun, warum soll ich es Ihnen nicht sagen? Hören Sie! Jene, . . . jene Freundin Ihres Freundes . . . war sogar — hier!“

„Hier —?“

„Hier! Vor drei Tagen noch, ja, . . . nachdem sie zwei Jahre lang wie vom Erdboden verschlungen war, . . . hier in Meran, drüben in der Pension Paulich, . . . in Gesellschaft eines Mannes, der . . . hehe! . . . es nicht vergeblich zu versuchen schien, sie zu trösten!“

„Was behaupten Sie da? fragte Reisner mit erstikter Stimme.

„Nur, was ich gesehen habe, mein Guter, nicht mehr. Ein junger Mann war um sie, einer, der recht nett war in seinem Aeußeren, das muß man ihm lassen. Ich kenne sogar seinen Namen, „von Webenau“ stellte er sich vor, immer lächelnd, denn er war ein liebenswürdiger junger Mann, der wußte, daß es ihm gut stand, wenn er lächelte. . . Im übrigen halte ich ihn für sehr harmlos und mutte ihm sogar ehrliche Absichten zu. Er war sterblich in sie verliebt, das konnte jeder sehen, der es sehen wollte.“

„Und sie?“

„Sie? Gott, was wollte sie tun? Sie sah nicht so aus, als ob sie böse darüber wäre, daß er sie liebte. . . Sie ist auch abgereist mit ihm. . .“

„Mit ihm?“

„Nicht direkt mit ihm, nein. . . aber doch in seiner Gesellschaft. . . oder, richtiger: sie benutzten beide denselben Zug.“

„Wohin sind sie gereist?“ fragte Reisner tonlos.

Der Alte betrachtete ihn mit schätzlicher Bemutgnung. „Das Ziel ihrer Reise kenne ich natürlich nicht“, sagte er und blinzelte lässig, „aber Sie werden es wohl leicht erfahren können, wenn Sie sich drüben erkundigen, wo sie gewohnt haben. . . Wollen Sie es denn erfahren?“

„Ja“, antwortete Reisner finster.

„Wozu?“

„Weil ich ihnen nachreisen werde.“

„Ah! Sie wollen ihre Bekanntschaft machen?“

„Ja.“

Der Alte hob sein Glas, besah prüfend den roten Wein und nahm vorsichtig einen Schluck. „Ich kann es mir denken, weshalb Sie das wollen“, sagte er in plötzlich verändertem Ton. „Wenn es einen Zweck hätte, würde ich Ihnen das aus-

reden. Ja, dringend würde ich Ihnen raten, Ihre Finger von der Sache zu lassen! Aber es hat keinen Zweck, denn Sie werden doch tun, was Sie wollen. . . Und trotzdem sage ich Ihnen: Hüten Sie sich, sich in diese Angelegenheit zu mischen! Tun Sie es, dann werden Sie es sein, der die Folgen zu tragen hat, Sie allein!“

„Sie verstehen das nicht“, sagte Reisner frostig. „Sie verstehen von alledem nicht das geringste!“

„Meinen Sie?“ Der Alte war nicht im mindesten beleidigt und zwinkerte belustigt mit den Augen. „Meinen Sie wirklich? Habe ich vielleicht damals auch Sie nicht verstanden, als Sie haltlos und schwächlich aus dem Gefängnis zu mir kamen? Und war ich es nicht, der Sie damals aufblies? Oder wer war es, der Ihnen damals die Kraft einblies, wenn Sie mir nicht folgen?“

„Schweigen Sie!“ schrie Reisner ihn wütend an.

Der Alte lachte. „Wir wollen abwarten. Denn zum Warten habe ich viel Zeit, und ich habe es auch gelernt, zu warten. Und auch das Zuschauen habe ich gelernt, ja, darauf verstehe ich mich wie kein zweiter! Wenn ich auch scheinbar immer fern von Ihnen weilen werde, so werde ich in Wirklichkeit doch immer in Ihrer Nähe sein. Und ich werde Ihnen über die Achsel blicken und mich dessen, was Sie tun werden, freuen! . . . Denn wer sind Sie? Mein Rächer sind Sie! Hehe!“

„Sie sind ein Narr!“ fauchte Reisner ihn an, indem er gleichzeitig den Kellner herbeirief, um zu zahlen.

„Ja, ein Narr, der andere zu Narren macht und der diese Narren dann auf die Menschheit losläßt, die auch nichts anderes ist als ein einziger großer Narr!“

Reisner würdigte ihn keines weiteren Blickes und begab sich auf sein Zimmer. Er schickte Propop sofort in die Pension Paulich hinüber, damit er dort erfrage, wohin Frau Lucie Blümner und der Herr in ihrer Gesellschaft abgereist seien.

Nach kaum zehn Minuten hatte er die Botschaft: die Herrschaften seien mit der Bahn über den Brenner nach Toblach gefahren.

„Pade sofort!“ sagte Reisner darauf zu Propop. „Wreisen morgen früh wieder ab!“

Er verbrachte eine schlaflose Nacht.

Ihm war, als habe die Vergangenheit, die er fliehen wollte, sich gerade diese Wochen ausgefucht, um ihn zu überfallen.

Und auch eine dunkle Zukunft lockte ihn festsam, in der er, wie er meinte, dazu ausersehen war, handelnd für einen einzugreifen, der noch im Gefängnis schmachtete, — noch zehn qualvolle Jahre!

Ein düsterer Ingrimmpackte ihn.

(Fortf. folgt.)

Der Ausbau der Bezirksämter geht vorwärts. Soeben hat das Bezirksamt I (Mitte) die Geschäfte des Bezirkssteueramts I übernommen. Hiermit gehen in seine Zuständigkeit die Veranlagungsgeschäfte der wesentlichen Steuern seines Geschäftsbezirks über, so die Grund-, Hausangehörigen-, Wohnungsteuer, Luftverkehrs-, Beherbergungs- usw. Steuer. In welchem Umfange sich hiermit die Geschäfte des Bezirks erweitern, erhellt aus der Tatsache, daß mit dem Uebergang der Veranlagungsgeschäfte ein Bestand von 113 Personen (Beamten und Hilfspersonal) mitübernommen wird. Der Uebernahme der Verwaltungsgeschäfte schließt sich demnächst auch der Uebergang der dem Bezirk zugewiesenen Steuerkassen an.

Ein Opfer der Spielclubs. Wegen Unterschlagung von 185 000 M. mußte sich der Geschäftsführer Karl Kummer vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte verantworten. Der 50-jährige Angeklagte war Geschäftsführer einer Kahlbaum-Vilörstube und machte in dieser die Veranlagung zweier gewerbmäßiger Spieler, welche ihn berleiteten, einen Spielclub aufzuführen. Nachdem er sein eigenes Geld verpielt hatte, betrug er sich an den Geschäftsgeldern und verurteilte in verhältnismäßig kurzer Zeit den Betrag von 185 000 M. Die Unterschlagungen wurden dadurch erleichtert, daß die Firma nur die Kassenbestände, nicht aber auch den Kassenbestand kontrollierte. Der Staatsanwalt beantragte, da es sich um einen recht großen Vertrauensbruch handelte, 6 Monate Gefängnis, auf welche Strafe das Gericht auch erkannte.

Kleiderstähler an der Arbeit. Nachdem man jahrelang nichts mehr von den Kleiderstählern, Zintensprüngern und Jopfabmachern gehört hatte, die sich meist als Menschen anormaler Gefährlichkeit erwiesen, sind der Polizei jetzt wieder an einem einzigen Tage nicht weniger als zehn Fälle gemeldet worden, in denen ein Unbekannter Mädchen und Frauen die Kleider mit einer Schere aufschlitzte, ohne daß die Betroffenen etwas davon bemerkten. Der Täter ist die Treptower Spielwiese, wo am gestrigen Sonntage ein bedingungsloses Gemisch der Tüchtigkeit und der Ausführung seines schändlichen Gewerbes eben infolge der dichten Menschenmassen erleichtert wurde.

Die vertrackten Reisen. Gestern Abend traf der Kaufmann Alexander Hansen auf dem Anhalter Bahnhof ein. Als er seinen Reisekoffer einen Augenblick außer acht ließ und Umschau nach einem Gepäckträger hielt, verurteilte der 28 Jahre alte Dreher Oskar Probst, mit dem Gepäckstück zu verschwinden. Er war aber beobachtet worden und wurde festgenommen und der Kriminalpolizei übergeben.

Der hier auf der Durchreise befindliche Schuhmachermeister Franz Kendowski aus Allenstein hielt sich gestern Abend im Wartesaal 4. Klasse im Anhalter Bahnhof auf, um auf einen Zug, der ihn nach Süddeutschland bringen sollte, zu warten. Zu ihm gesellte sich ein anderer Mann, der mit ihm ein Gespräch begann. Als dieser sich entfernt hatte, bemerkte der biedere Handwerker, daß ihm seine Brieftasche mit seinem gesamten Vermögen in Höhe von 84000 M. fehlte.

Wohlfahrt kam gestern vormittag in Alt-Neubau in der Dachpflanz-Gesellschaft Lehmann u. Co. aus. Das einstöckige Gebäude in der Jagowstraße brannte vollständig und die in ihm untergebrachten Teermengen bildeten eine nicht zu unterschätzende Gefahr. Es gelang der Berliner und Charlottenburger Feuerwehr, durch reichliches Wassergeben die Flammen zu ersticken. Die Ursache des Feuers ist noch nicht festgestellt worden. Anscheinend liegt Selbstentzündung infolge der großen Hitze des gestrigen Tages vor.

Die Fahrkartenschalter der Stadt- und Ringbahn sollen vermehrt werden. Das wird allen, die auf die Benutzung der Stadt- und Ringbahn angewiesen sind, eine frohe Botschaft sein. Die Geduldproben, die in den verkehrsreichsten Stunden den Fahrgästen vor den Schaltern zugemutet werden, waren schon seit langem kaum noch zu ertragen. Verwunderung erregt übrigens immer wieder, daß Schalter geschlossen bleiben, während am Nebenstand die Wartenden sich drängen. Das erklärt sich daraus, daß meist an jedem Schalter nur ein Kartenschrank aufgestellt werden kann. Bei der Ablösung eines Kartenerkäufers erfordert die Uebergabe des Schranke an den Nachfolger eine erhebliche Zeit, weil dabei eine umständliche Abrechnung erfolgen muß. Während der Abrechnung kann natürlich nicht verkauft werden. Diesem Uebelstand soll jetzt die Schaltervermehrung abhelfen.

Eine Professorenversammlung gegen die Schließung der Fahrkartenschalter am Abgang des Bahnhofes Rowawes wird heute Sonntag, vormittags 10 Uhr, im großen Saal des Thalia-Theaters veranstaltet, zu der alle Einwohner, insbesondere die Gemeindevorsteher und der Gemeindevorstand eingeladen sind.

Flugpost nach England. Von Berlin, Hamburg und Bremen geht wöchentlich Flugpost nach London mit Sendungen für ganz England und überseeische Länder ab. Zur Flugbeförderung nach England sind alle Arten von gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefsendungen zugelassen. Flug-

gebühren wie nach Holland für Postkarten 40 Pf., für Briefe 40 Pf. für je 20 Gramm, für Drucksachen, Warenproben, Geschäftspapiere 1 M. für je 50 Gramm.

Die Ungültigkeit der Waffenscheine. Vom Berliner Polizeipräsidenten wird amtlich mitgeteilt, daß über die Ungültigkeit der Waffenscheine vielfach immer noch Zweifel bestehen. Die schon aus dem am Kopfe des Waffenscheinformulars befindlichen Bemerkung „Nur gültig in Verbindung mit der Mitgliedskarte der Einwohnerwehr“ hervorgeht, ist die Ungültigkeit dieser Scheine ohne weiteres mit der Auflösung der Wehren eingetreten. Wer auf Grund eines solchen ungültigen Einwohnerwehr-Waffenscheines eine Waffe besitzt, macht sich strafbar.

Der Reichsverband der Vorbestraften und Angeklagten e. V., Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 113, blidt demnächst auf eine einjährige Tätigkeit in Berlin zurück. Er hat in dieser Zeit 17 948 Personen Rat und Auskunft zuteil werden lassen. 169 000 M., die von Behörden usw. zurückgehalten wurden, konnte er den rechtmäßigen Besitzern, welche sich in Unkenntnis der wahren Rechtslage befanden, zurückgewinnen. Einer großen Zahl von Leuten, die sich in schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen befanden, verschaffte die sozialen Einrichtungen des Reichsverbandes die Möglichkeit, sich einen tüchtigen Verteidiger anzuschaffen. Dadurch wurden neben vielen Freisprechungen für 1660 Angeklagte Bewährungsfrist erreicht und diese somit vor schwerer wirtschaftlicher Schädigung durch Strafverbüßung bewahrt. Bei 69 Männern und 14 Frauen gelang es, Strafunterbrechung zu erreichen, so daß diese aus dem Gefängnis befreit wurden. Ferner wurden 4109 Vorstrafenlösungen und 1640 Begnadigungen durchgeführt. Der Reichsverband der Vorbestraften und Angeklagten hält in seinem Zentralbureau, Wilhelmstr. 113, Hofparterre, vormittags von 9 bis 10 Uhr, eine unentgeltliche Beratungsfunde für Erwerbslose ab, welchen völlig kostenlos Rat und Auskunft erteilt, sowie Besuche usw. angefertigt werden.

Der Schadenersatz für das Lankester Explosionsunglück. Nach langwierigen Verhandlungen sollen jetzt endlich die durch das bekannte Explosionsunglück in der Munitionsfabrik Goebert in Lankester entstandenen Schäden völlig geregelt werden. Der Magistrat Berlin hat nach einem Bescheide des Oberpräsidenten den für die Beseitigung der Explosionschäden erforderlichen Betrag bewilligt und das Bezirksamt 12 in Steglitz angewiesen, die noch vorliegenden und bezahlten Rechnungen schnelligst zu begleichen.

Der arme Millionär. Schonführung im Hof-Theater. Dieses Volksstück mit Gesang hat nicht nur den Reiz, aber den alle Operetten gefolgt werden, mit den übrigen Operetten gemeinsam, sondern auch manchen Witz, vor allem aber die sämtlichen Musiknoten. Weist zu besprechen das Spiel. Den schwerernden Großbüchlein, der über seinen Millionen und der abigen Herkunft seiner Frau sein Ueberlernetum nicht vergessen hat, der sich den Millionen erkaufte, einen Bankrott aus Spott zu machen, den armen Mann markiert, dadurch den riesigen Aufwand seiner Familie einbüßt und seinen beiden Weibern zu den redesten Chemikalien verhilft, diesen Kapitalisten gab Bernhard Rose, und er spielte die Rolle vortrefflich. Nur das Gesangsstück im zweiten Akt soll er auslassen. Felix Weffart gab unübertrefflich den abgelebten Vater, Reichsgrafen von Rabenstein, Paul Richter-Waner als langbeiniger Gerichtsbeisitzer, Rudolf erntete wohlverdiente Applaus. Von den Damen sei nur eine erwähnt: Gretel Harten. Eine allerliebste Operettenkomponistin, anmutig und leicht im Spiel und Tanz, voll Temperament, mit einer sehr schönen wohlklingenden Stimme. Mehrfaches mußte wiederholt werden und der Beifall war stürmisch und anhaltend.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Dienstag, den 12. Juli:

11. Kreis Schöneberg-Friedenau. Kranzanlieferung am Grabe des Dichters Robert Schweißel auf dem Rübischen Friedhof, Boxstraße. Treffpunkt 6 Uhr abends vor der Kapelle. Reges Beteiligung erwartet der Vorstand.

114. Abt. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal Riendker, Crofener Str. 14. Referent H. Hühner: „Der Parteitag am 20. Juli, Jungsozialisten. Gruppe Raden: 7 Uhr bei Sabowitzer, Sprengelstr. 6, Musik- und Gesangsabend. — Arbeitsausschuss: Wichtige Sitzung um 7 Uhr im Reichstag, Zimmer 9. — Ueber die Jungsozialisten: Die Geschäftsstelle für Siefeld bestimmt heute im Bezirksverband abholen.

Morgen, Mittwoch, den 13. Juli:

1. Abt. 7 1/2 Uhr Monatsversammlung in der Schulaula Auguststr. 68. Tagesordnung: 1. „Erichs Briefe im roten Hause“, Referent Stadtdirektor Ernst Siebert Boem. 2. Freie Aussprache. 3. Bahnen zum Sozialismus. Plankliches und volkswirtschaftliches Geschehen erwartet die Abteilungsleitung.

2. Abt. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in der Juristischen Sprechstunde, Einbecker Str. 3. Vortrag des Vermittlung Dr. Antonhof, Blümlerstr. 37. Referent Gustav Heiler, M. d. L.: „Der Parteitag am 20. Juli“.

3. Abt. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Arndt-Rationalmuseum, Belle-Alliance-Str. 68. Referent W. Hühner: „Der Parteitag am 20. Juli“.

4. Abt. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Bahnhofsrestaurant, Blümlerstr. 22. Referent Genosse Wilmann: „Die Aufgaben des Parteitages am 20. Juli“.

5. Abt. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal Riendker, Crofener Str. 14. Referent H. Hühner: „Der Parteitag am 20. Juli“.

6. Abt. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal Riendker, Crofener Str. 14. Referent H. Hühner: „Der Parteitag am 20. Juli“.

7. Abt. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal Riendker, Crofener Str. 14. Referent H. Hühner: „Der Parteitag am 20. Juli“.

8. Abt. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal Riendker, Crofener Str. 14. Referent H. Hühner: „Der Parteitag am 20. Juli“.

9. Abt. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal Riendker, Crofener Str. 14. Referent H. Hühner: „Der Parteitag am 20. Juli“.

10. Abt. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal Riendker, Crofener Str. 14. Referent H. Hühner: „Der Parteitag am 20. Juli“.

Robert Schweißel das Jungvolk der Berliner Arbeiterbildungsschule auf den Pfad der Wissenschaft wies.

Der Boden, den der Kämpfer in frühen Jahren furchlos und mühevoll ackern half, hat tausendfältige Frucht getragen, und die Keime, die der Dichter später in die Herzen säte, sind lebendig geblieben. Und so soll auch sein Gedächtnis im deutschen Proletariat lebendig, sein Lebenswerk für uns alle vorbildlich und fruchtbar bleiben.

Aus Schweißels letzten Lebensjahren. Ein paar persönliche Erinnerungen, die der inzwischen auch verstorbene Ernst Kreowski seinerzeit aufzeichnete, beweisen, welchen lebhaften Anteil der Veteran, der damals das 80. Lebensjahr schon überschritten hatte, an allen Ereignissen der inneren und äußeren Politik nahm und mit welchem jugendfrischen, hoffnungsfrohen Enthusiasmus er auf alle Anzeichen horchte, die den nahenden Endsiege im proletarischen Befreiungskampf zu verkünden schienen. Kreowski erzählt:

Es war im Dezember 1902. Ihn plagte wieder einmal „allerlei Rheumatisches“, das ihn seit acht Tagen ans Zimmer fesselte. Da hatte er denn um so mehr Ruhe gehabt, sich über die bodenlose Niedertracht zu ginnen, welche die Mehrheit im Reichstage bei den Zollverhandlungen verübte. „Wie lange“, meinte er, „werden diese Kanakillen der herrschenden Klassen noch im Rohr sitzen und sich Pfeifen schneiden? Nachdem die Bestie einmal mild geworden ist, wird sie sich schwerlich damit begnügen, die parlamentarischen Rechte zerstampft zu haben. Es kann leicht eine Reaktion hereinbrechen, wie wir sie in Europa noch nicht gehabt haben. Wir hat die Vorahnung einer solchen die Geschichte der ersten französischen Revolution, in die Hand gegeben und ich habe darin die von Greul triefenden Blätter des weichen Schredens nachgelesen, welchen Pfaffen und Adel über Frankreich brachten. Auf ihn paßt auch im vollsten Sinne das Wort Schillers: „Da werden Weiber zu Hyänen!“ Ich wollte, daß ich wieder jung wäre, um an dem bereits entbrannten Kampf teilnehmen zu können! An dem endlichen Ausgang zweifele ich nicht. Das Volk wird siegen. Denn das Volk ist der durch seine Arbeit kulturaffende Herkules, welcher die Fesseln des Prometheus zerbrach.“

Was dann später Schweißels höchstes Interesse onspannte, war der Ausbruch des russisch-japanischen Krieges. In Berlin bildete damals der Rücktritt des farnosen Oberhofmeisters v. Mirbach das allgemeine Gespräch. „Aber was würde es helfen“, erwiderte Schweißel. „Die Quelle der Korruption, die alle Gesellschaftsschichten durchflutet und unterwühlt, sprudelt fort und fort. Wahrscheinlich, es ist Zeit, daß die Siegel der Japaner dem russischen Volke endlich Luft schaffen zum Durchbruch, der den zarischen Greuel hinwegrafft. Dann wird auch der Rückzug auf Deutschland nicht ausbleiben.“

11. Abt. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal Riendker, Crofener Str. 14. Referent H. Hühner: „Der Parteitag am 20. Juli“.

12. Abt. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal Riendker, Crofener Str. 14. Referent H. Hühner: „Der Parteitag am 20. Juli“.

13. Abt. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal Riendker, Crofener Str. 14. Referent H. Hühner: „Der Parteitag am 20. Juli“.

14. Abt. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal Riendker, Crofener Str. 14. Referent H. Hühner: „Der Parteitag am 20. Juli“.

15. Abt. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal Riendker, Crofener Str. 14. Referent H. Hühner: „Der Parteitag am 20. Juli“.

16. Abt. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal Riendker, Crofener Str. 14. Referent H. Hühner: „Der Parteitag am 20. Juli“.

17. Abt. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal Riendker, Crofener Str. 14. Referent H. Hühner: „Der Parteitag am 20. Juli“.

18. Abt. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal Riendker, Crofener Str. 14. Referent H. Hühner: „Der Parteitag am 20. Juli“.

19. Abt. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal Riendker, Crofener Str. 14. Referent H. Hühner: „Der Parteitag am 20. Juli“.

20. Abt. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal Riendker, Crofener Str. 14. Referent H. Hühner: „Der Parteitag am 20. Juli“.

21. Abt. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal Riendker, Crofener Str. 14. Referent H. Hühner: „Der Parteitag am 20. Juli“.

22. Abt. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal Riendker, Crofener Str. 14. Referent H. Hühner: „Der Parteitag am 20. Juli“.

23. Abt. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal Riendker, Crofener Str. 14. Referent H. Hühner: „Der Parteitag am 20. Juli“.

24. Abt. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal Riendker, Crofener Str. 14. Referent H. Hühner: „Der Parteitag am 20. Juli“.

25. Abt. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal Riendker, Crofener Str. 14. Referent H. Hühner: „Der Parteitag am 20. Juli“.

26. Abt. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal Riendker, Crofener Str. 14. Referent H. Hühner: „Der Parteitag am 20. Juli“.

27. Abt. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal Riendker, Crofener Str. 14. Referent H. Hühner: „Der Parteitag am 20. Juli“.

28. Abt. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal Riendker, Crofener Str. 14. Referent H. Hühner: „Der Parteitag am 20. Juli“.

29. Abt. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal Riendker, Crofener Str. 14. Referent H. Hühner: „Der Parteitag am 20. Juli“.

den ablehnt, wurde, nachdem u. a. die Genossen Seger und Siebmann ausgeführt hatten, daß eine solche öffentliche Desavouierung nicht nötig sei, da an der Auffassung der Partei kein Zweifel bestehen könne, vom Antragsteller zurückgezogen mit der Begründung, daß die Landesversammlung bereits im ersten Abgange ihrer Resolution über die Einheitsfront die Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien abgelehnt habe.

Es wäre auch ein arges Unrecht gewesen, hätte man Jaedel mit Steinen beworfen, weil er den Mut gehabt hat zu sagen, was die meisten Unabhängigen denken.

Bei dieser Gelegenheit noch ein Wort. Die „Freiheit“ kritisiert ein paar Sätze, die Gen. Roske als Oberpräsident der Provinz Hannover auf einem Schützenfest gesprochen haben soll, und knüpft daran die Bemerkung, Roske habe sich durch „Abschuh vieler Arbeiter“ den Titel eines Schützenkönigs verdient. Roske wird es ja wahrscheinlich gleichgültig sein, wenn ein „Freiheit“-Redakteur durch unabhässiges Gesimpfen auf ihn die Unverbrachtheit seiner radikalen Gesinnung beweisen will. Wir aber, die Roskes Fehler oft hart getadelt haben, halten uns für verpflichtet, gegen solche Gemeinheiten, wie sie der Artikel der „Freiheit“ „Schützenkönig Roske“ enthält, aufs nachdrücklichste zu protestieren. Der Verfasser jenes Artikels wird sich den Roskefehler abgewöhnen müssen, wenn er die „proletarische Einheitsfront“ nicht zur Farce machen will.

Kahr-Justiz.

München, 11. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Leutnant Brand, der erst vor einigen Tagen vom Volksgericht Passau wegen Landfriedensbruch, begangen bei einem Theaterstandal, zu sechs Monaten verurteilt worden war, sah vorgestern wieder auf der Anklagebank der Strafkammer Passau wegen Verletzung, gefährlicher Körperverletzung und schweren Hausfriedensbruchs. Am 19. Januar war er mit zwei weiteren jüngeren Offizieren und einem Reichwehrgenossen in das Redaktionszimmer der sozialdemokratischen „Niederbayerischen Volkswacht“ in Passau eingedrungen, hatte den 68jährigen Redakteur mit Schimpfwörtern wie Lausbub, Tropf, Kerl usw. reichlich bedacht, eine mitgebrachte Keilpeitsche herangezogen und blindlings auf den Wehrlosen eingeschlagen. Dieser schloßerte ihn beiseite und griff zu einem in der Nähe liegenden Revolver, er wurde jedoch überwältigt und ihm eine Pistole auf die Brust gesetzt. Der Gerichtshof kam zu folgendem Urteil: Die Beleidigungen, die an Schwere nicht zu überbieten sind, wurden mit 30 M. Geldstrafe als ausreichend gefühnt erachtet, die mit einem gefährlichen Instrument begangenen Körperverletzungen und der schwere Hausfriedensbruch sind mit drei Wochen Gefängnis genügend geahndet worden. Die Geldstrafe sowohl als die Gefängnisstrafe sind durch die erstlängere Unterjuchungshaft als verbüßt angenommen.

Der Fall Kressinsky ist bis zur Stunde noch nicht geklärt. Die Beschwerde der russischen diplomatischen Vertretung bei der Reichsregierung ist bis jetzt bei der bayerischen Behörde noch nicht eingelaufen. Die Münchener Fremdenpolizei bleibt noch wie vor auf ihrem Standpunkt stehen. Sie bemüht sich im Gegenteil eine Bestrafung der beiden Russen, wegen Verletzung des Fremdenpolizeigesetzes herbeizuführen, um ihnen die Rückkehr nach Bayern für die Zukunft unmöglich zu machen.

Die Freisprechung Stephan Friedrichs.

Budapest, 10. Juli. (U.S.) In dem Mordprozeß Tisza ist die Anklage gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten Stephan Friedrich wegen Anstiftung zum Mord zurückgezogen worden. Auch die Freisprechung der beiden anderen Angeklagten Kéri und Fényes dürfte in einigen Tagen erfolgen. Diese Wendung ist auf die Aussage des Zeugen Kaphoggi zurückzuführen, der unter dem Kreuzverhör der Verteidiger keine ursprüngliche, belastende Aussagen nicht aufrechterhalten konnte, sondern sich zu dem vollen Geständnis seiner lügenhaften Darstellung bequemen mußte. Sein Geständnis eröffnet einen furchtbaren Einblick in das Leben einer mit verbrecherischen Mitteln betriebenen Hehe, deren Zweck es war, drei an dem Mord völlig unbeteiligte Personen an den Galgen zu bringen. Kaphoggi selbst getraute sich noch nicht, die sehr einflussreichen Urheber zu nennen, aber jedes Kind in Budapest kennt die Namen. Die geistigen Leiter der verurteilten Anklage rekrutierten sich aus aristokratischen Kreisen, die aus politischen Gründen zunächst den Emporkömmling Friedrich, trotzdem er den blutigen Mord weihen Segenterror eingeführt hatte, unabsichtlich machen wollten und dann später, um die Sache glaubwürdiger erscheinen zu lassen, auch die linksstehenden Politiker Kéri und Fényes darin verwickelten. Sie eröffneten ein eigenes Bureau, in dem die beständigen „Indizien“ fabriziert wurden. Die abscheulichen politischen Desperados, der Abschaum der Vorstadtsohnen, Revolverjournalisten und Winkeladvokaten stellten sich gegen klingendes Entgelt in den Dienst dieser Sache.

Meineide wurden zu Duhenden geistelt, ganz unschuldige Personen in diese Hehe hineingerissen und gezwungen, gegen die Angeklagten auszusagen. Wo die Bestechung nicht half, arbeitete in der Gefängniszelle der Gummiknüppel. Personen, die trotzdem standhaft blieben, kamen auf gefahrnisvolle Weise um. So fand man eines Tages den Angeklagten Dobo, der hartnäckig an der einmal gemachten Aussage festhielt, tot in seiner Zelle vor. Den Oberleutnant Gáskler, der durch seine Kenntnis der Wahrheit gefährlich schien, schwammen die Fluten des Blattesess als Leiche ans Ufer. Ein Untersuchungsrichter, dessen Ehrgefühl offenbar größer war, als sein Mut, die Öffentlichkeit von diesen Vorgängen in Kenntnis zu setzen, beging Selbstmord. Ueberall hinein reichten die Fäden der geheimen Clique, und auch über der Voruntersuchung und dem Hauptverfahren schwebte zeitweise der blutige Schatten des berühmten Bronax-Detachements. Erst bei der letzten Verhandlung vor dem Zivilgericht gelang es der Verteidigung, diese Machinationen vor aller Welt aufzudecken. Es war ein überaus dramatischer Moment, als der Verteidiger Polonni dem schon in Widersprüchen verwickelten Zeugen Kaphoggi zurief: „Wenn Sie an einen Gott glauben, wenn Sie noch einen Funken Ehrgefühl besitzen, so geben Sie der Wahrheit die Ehre und belassen Sie Ihr Gewissen nicht damit, unschuldige Menschen dem Henker auszuliefern!“ Der Zeuge brach in das Wortes lachstüblichster Bedeutung zusammen und fing an zu schluchzen. Erst nach einigen Minuten konnte er sich fassen, widerrief nun seine bisherigen Aussagen und bedachte die ganze hier geschilderte Verwicklung auf.

Die Freie Friedrichs über seine Freisprechung wird einigermaßen dadurch getrübt, daß in der verlassenen Verhandlung seine obenverurteilte Laufbahn und seine charakterlose Haltung als Politiker bewiesen wurde. An der Ermordung Tiszas freilich ist er unschuldig. Wer nun die wirklichen Mörder sind, da in man sich einigermaßen dann harrnaden, wenn man bedenkt, daß die ungarische Hauptstadt in den kritischen Tagen des Oktober 1918 von Zehntausenden deserrierter Soldaten erfüllt war, die auf offener Straße Todesdrohungen gegen Tisza ausstießen. Ohne Zweifel war es meuternde Soldateska, die in das Haus Tiszas eindrang und seinem Leben ein Ende setzte. Das mutige Verhalten des Grafen Tisza in seiner Todesstunde hat seinem Schicksal eine gewisse Tragik verliehen. Die Freunde des Ermordeten aber haben seinen gemaltamen Tod benutzt, um ihn zum Ausgangspunkt eines Justizverbrechens zu machen, das in der neuzeitlichen Geschichte vielleicht einzigartig dastet.

Die Hochverratsaffäre Karolyi.

Budapest, 10. Juli. (U.S.) Der Abg. Westo wird im Parlament den Antrag stellen, außer den Mitgliedern des Kabinetts Karolyi

auch sämtliche Mitglieder des ehemaligen Nationalrats unter Anklage zu stellen, ferner das gesamte Kabinetts Bekerle, weil diese Regierung es seinerzeit unterlassen habe, die Hilfe des Militärs in Anspruch zu nehmen, als die Revolution ausbrach. Abg. Abraham veröffentlicht in den Budapest Zeitungen eine Erklärung, in der er jede Schuld bestritt und den Prinzen Windischgrätz öffentlich als Verleumder bezeichnet. Es werden also zahlreiche Hochverrats- und Verleumdungsprozesse die Folgen der Enthüllungen Windischgrätz sein.

Auf Grund seines Buches „Vom roten zum schwarzen Prinzen“ ist Windischgrätz schon von dem deutsch-österreichischen Außenminister a. D. Dr. Otto Bauer öffentlich der Lüge und Verleumdung geziehen worden.

Der Hauptanklagepunkt gegen Karolyi, der jetzt in Südbanien lebt, ist seine mit Wissen und Förderung des Außenministers Graf Czernin erfolgte Zusammenkunft mit französischen Friedensfreunden in der Schweiz.

Budapest, 11. Juli. (U.S.) Der Oberste ungarische Gerichtshof hat gegen die früheren Ministerpräsidenten Karolyi und Bekerle Haftbefehle wegen Hochverratsverdadht erlassen.

Zwang Weiß-Rot.

Aus Oberschlesien wird dem „Vorwärts“ geschrieben: Seit dem 6. Juli befinden wir uns wieder in Postverbindung mit dem übrigen Reich. Da bekomme ich auch den „Vorwärts“ wieder, und da fällt mir immer auf, daß es in der deutschen Republik noch Behörden gibt, die sich königlich oder kaiserlich nennen. Da ist Korfanty und sein Anhang schon radikaler! Da, wo Korfanty herrscht, gibt es nur noch weiß-rote Wegweiser und statt schwarzer Adler weiße. Die Geschäftsleute und Gewerbetreibenden mühen ihre Schilder ändern: roter Grund und weiße Buchstaben. Damit soll natürlich allen Ausländern, die hinkommen, gesagt werden: Seht, wir sind schon polnisch!

Oppeln nach Weuthen?

Oppeln, 11. Juli. (U.S.) Die Lage in Oppeln ist gespannt. Polnische Spione, die zurückkehrten, gerieten in Konflikte mit deutschen Flüchtlingen, bei einer Razzia auf sich nachts herumtreibende Frauen, die von der Apo abgehalten wurde, erhielten zwei Frauen und ein Franzose bei der Flucht Schußverletzungen. Die Franzosen ziehen Verstärkungen heran. Ein Sekretär Korfantys wurde in Oppeln von Unbekannten belästigt. — Infolge des Verbots der „Oppelner Zeitung“ mußte deren gesamtes Personal entlassen werden; wegen dieser Brotlosmachung hat unter der Oppelner Arbeiterschaft eine Bewegung eingesetzt, die unter Umständen zum Streik führen kann.

Ruhe in Weuthen.

In Weuthen ist jetzt die Polizeistunde auf 8 Uhr, der Schluß des Straßenverkehrs auf 9 Uhr abends festgesetzt. Die englischen Truppen haben die Franzosen mehr und mehr abgelöst. Von heute ab sollen sämtliche Funktionen der Ententebehörden auf die Engländer übergehen. Die Aufhebung des Belagerungszustandes und damit der Fortfall der Besatzungsdürft dürfte nur noch eine Frage von wenigen Tagen sein. Redakteur Fischer von der „Ostdeutschen Morgenpost“ ist im Wege des Austauschs von Gefangenen freigelassen worden.

Mehrere englische Tanks sind eingetroffen. Die Stadtteile Friedenshütte und Kohberg erhielten ausschließlich französische Besatzung.

Nur keine Franzosen!

Ratibor, 11. Juli. (U.S.) Dem „Oberstl. Anz.“ zufolge richteten die Eisenbahn- und Postbeamten und die Bahnarbeiter des Eisenbahnknotenpunkts Mendja an den Kreisinspektor in Ratibor einen Protest gegen die beabsichtigte Besetzung Mendjas und seiner Umgebung durch die Franzosen; sie fordern die Beibehaltung der Besetzung durch Italiener oder Engländer und erklären, ihre Forderung gegebenenfalls durch Stilllegung des Betriebs unterstützen zu wollen. Die gesamte dortige Bevölkerung habe kein Vertrauen zu einer französischen Besetzung und wolle gegebenenfalls zur Selbsthilfe schreiten. Eine Abschrift dieser Entschlieung wurde an das Verkehrsdepartement Oppeln gefandt mit der Forderung, an Stelle der französischen Besetzung einen mit Gewehren bewaffneten Bannschuh in Stärke von 48 Mann zu genehmigen. Mendja ist ein wichtiger Eisenbahnknotenpunkt mit sechs Brücken, vielen Werkstätten und Stellwerken.

Polnischer Frieden.

Weuthen, 11. Juli. (U.S.) Gestern nachmittag wurden acht aus Gdudulshütte stammende Männer, Angestellte des deutschen Biebziskommissariats Weuthen, auf dem Wege von ihrem Heimatsort von einer etwa 20 Mann starken Bande überfallen. Der Angestellte Stefan Orlovski wurde durch drei Kopfschüsse niedergeschleudert. Der Angestellte Kulst soll nach Polen verschleppt worden sein. Ein dritter Angestellter wurde ebenfalls festgenommen, doch gelang es ihm, zu entfliehen. Die übrigen gelangten auf Umwegen nach Weuthen zurück. Orlovski wurde von dem jüngst aus dem Weuthener Gefängnis entlassenen, des Raubmordes angeklagten Anton Wustol erschossen, der von einer Reihe von Zeugen einwandfrei erkannt worden ist.

Kattowitz, 11. Juli. (U.S.) Sonnabend nachmittag drangen bewaffnete Insurgenten in das Lager der Hoffstandsversorgung in Boguski ein und plünderten es, ohne irgendwie behindert zu werden, innerhalb von zwei Stunden aus. In der Hauptsache wurden Kleidungsstücke, Schuhe und dergleichen geraubt. Auf dem Bahnhof Wroslawitz bemächtigten sich „frühere“ Insurgenten eines Waggons und stahlen 5000 Liter Spiritus.

Briand über Frankreichs Außenpolitik.

Paris, 11. Juli. (U.S.) Die Kammer hat heute die Zusatzkredite beschoren. Briand sprach über die syrische Frage. Er erinnerte daran, daß die Unterhandlungen über das Abkommen im Jahre 1916 den berechtigten Anspruch Frankreichs befriedigt haben. Infolge neuer Abmachungen handelt es sich nun darum, die Politik Frankreichs schärfer festzulegen und die Fragen der Abänderung des Vertrages von Sevres über den Abschluß des Friedens mit der Türkei zu lösen, die für den gesamten Verband eine gemeinsame ist. Wir können Illuzien nicht räumen, sagte Briand, ohne dort sichere Zustände hergestellt zu haben. Frankreich wird nicht daran denken, irgendwelche Eingriffe in das Nationalitätenprinzip vorzunehmen oder sonstige in die berechtigten wirtschaftlichen Interessen der Türkei einzugreifen. Aber Frankreich wird seinen Ueberlieferungen nicht untreu werden. Es wird in Syrien bleiben und sein Werk nicht im Stich lassen.

In Beantwortung verschiedener Anfragen über die Außenpolitik im allgemeinen erklärte Briand sodann: Wenn ich zu hoffnungsvollen Worten aussprechen wollte, so könnte man sie vielleicht als überzogen verdächtigen. Aber die Erklärung, daß

Die Lage Frankreichs keineswegs beunruhigend

ist, hält sich weit von einem übertriebenen Optimismus entfernt. Frankreich besitzt zur Wahrung seiner Interessen und seiner Würde die nötige Kraft, wo es auch sei. Die öffentliche Meinung in Deutschland mag weiterhin von dem alten Geist der Wilden Deutschen vergiftet bleiben, sie mag selbst von einem Rachegefühl sprechen, der jedoch unmöglich ist: eine Last bleibt nichtsdestoweniger bestehen: Frankreich steht am Rhein

und kann nicht zugeben, daß Deutschland so umgestaltet werde, daß es eine Drohung für Frankreich darstellen könnte.

Bei der Erörterung der Ereignisse in Oberschlesien erklärte Briand, daß die französischen Truppen mitunter in eine äußerst schwierige Lage geraten waren, die zu erstem Blutvergießen hätte führen können.

Aber die Regierung hat unter Billigung der Kammer alles getan, um es zu vermeiden, daß das Land in eine Abenteuerpolitik gerät. General Le Rond hat seine Pflicht in beunruhigender Weise erfüllt (!) unter den allerungünstigsten Bedingungen, die so undandbar wie nur möglich waren, denn Oberschlesien steht nicht unter deutscher Oberhoheit, sondern wird von den Oberkommissaren der Verbandsmächte verwaltet.

Briand spricht sodann über die

Ermordung des Kommandanten Montalegre.

Da das Ereignis nicht in einem Gebiet unter deutscher Oberhoheit vorgekommen ist, war es die Aufgabe unseres Oberkommissars, die Erhebungen anzustellen und den ganzen Fall zu übernehmen. Dagegen war der Schrift des deutschen Außenministers Dr. Rosen nur ein reiner Höflichkeitssatz.

Briand trägt nunmehr von neuem den französischen Standpunkt in der oberschlesischen Frage vor. Die französische Regierung hält sich nur an den Friedensvertrag. Die Tatsachen scheinen zugunsten Polens zu sprechen, und es müssen schon zwingende Beweise gebracht werden, um zu anderen Ergebnissen zu kommen. Die Verbandsmächte sind nur die Vertreter der Gerechtigkeit. Wir wollen nichts anderes als die ehrliche und genaue Durchführung der Bestimmungen des Friedensvertrages, die eine Abstimmung nach Gemeinden vorschau unter gerechter Berücksichtigung der geographischen Verhältnisse.

Briand geht zur Frage der Aburteilung der Kriegsschuldigen über und hebt hervor, daß diese Frage in dem Ultimatum besonders erwähnt worden war. Deutschland tat so, als wolle es diese Aburteilung vornehmen, aber die französische Regierung mußte zu ihrem Bedauern feststellen, daß die Anwesenheit der französischen Abordnung in Leipzig vollkommen zwecklos war, da es sich ja doch

nur um ein Theaterstück

handelt (!). Briand sagt die gegenwärtige äußere Politik nochmals kurz zusammen und sagt, er habe ein militärisches Vorgehen jederzeit zu vermeiden gesucht. Wenn aber unglücklicherweise die Wilden die Uebermacht gewinnen sollten, wenn es ihnen gelingen sollte, das Ministerium Birth zu vertreiben und Deutschland wieder in eine Politik zu stürzen, die für Frankreich gefährlich werden könnte, dann möge ein jeder wissen: Frankreich besitzt alles, was es braucht, um die Lage wiederherzustellen.

Nur ein Jahrgang wurde unter die Waffen gerufen. Die Kammer hat die Haltung des Ministeriums gebilligt. Die Kontrollkommission in Deutschland hat in allen Punkten vollste Genehmigung erhalten. Die Lücke in unserem Heer, welche durch die Entlassung des Jahrganges 1919 entstanden war, ist wieder ausgefüllt. Wir haben die Zwangsmaßnahmen ergriffen müssen 1. angesichts der deutschen Weigerung, die Reparationspflichten zu erfüllen, 2. wegen der mangelhaften Entwaffnung Deutschlands, Deutschland hat das Ultimatum angenommen. Wenn die Frage der Kriegsschuldigen vor die Verbandsregierungen kommen wird, so werden sie Deutschland fragen: Habt Ihr sie verurteilt? Wenn Birth auch alles mögliche getan hat, um sein Versprechen zu erfüllen, so genügt das doch nicht, um es Frankreich zu erlauben, auf die Sanktionen zu verzichten. Das ist unmöglich. Aber es ist auch für Deutschland nicht einmal wünschenswert, denn wenn später einmal eine alldeutsche Regierung ähnlich unannehmbare Handlungen begehen sollte, so wäre das noch etwas ganz anderes.

Briand schloß mit den Worten: Wir haben es fertig gebracht, unseren Staatshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen. Frankreich wird in einer nahen Zukunft aus seinem Sieg Nutzen ziehen und eine besondere Stellung einnehmen. Dazu ist es aber nötig, daß das ganze Land den Eindruck gewinnt, auf gefestigter Grundlage arbeiten zu können in wirtschaftlicher wie in finanzieller Beziehung. (Beifall auf allen Bänken.)

Ein Kommunist abgeführt.

Ueber die wirtschaftliche und politische Lage Deutschlands sprach Abg. Schulz (Komm.) am Montagabend im Stadthaus vor einer Versammlung der städtischen Getrigliatsarbeiter und Angestellten, natürlich mit reichlichen Anwürfen gegen die Sozialdemokratie. Selbstverständlich hatte er auch über den „Vorwärts“ und die „Freiheit“ zu schimpfen. Obwohl ihm doch genau bekannt ist, daß die paar Sozialdemokraten, die heute in der Reichsregierung sitzen, alles aufgeben haben, um die arbeitende Bevölkerung gegen die ihr von den reaktionären Parteien des Reichstages, ramentlich auch von den Großagrariern zugehenden Lasten zu schützen, behauptete der Redner schlangweg des Gegenteils und stellte die Lasten einfach auf den Kopf. Nur im Moskowitertum ist noch ihm das Heil des deutschen Volkes und der Welt. Alles nur die längst verlassenen Phrasen. Der Korreferent Gen. Heinig stellte zunächst die Unrichtigkeiten des Redners fest, so auch, daß die Sozialdemokraten einen acht bis vierzehnstündigen Arbeitstag einführen wollten! In der vom Referenten gemeinten Denkschrift werde vielmehr ausdrücklich gesagt, daß eine solche Verlängerung der Arbeitszeit entschieden zurückgewiesen werden müsse. Weiter wies Gen. Heinig die Beschuldigungen gegen den „Vorwärts“ und die „Freiheit“ als grundlose Verdächtigungen ab. Auf dem kommunistischen Wege würde nur die Erstarkung der Reaktion und vollständige Verleumdung des Proletariats herbeigeführt werden. In Rußland befindet sich das Proletariat in einer viel schlechteren Lage, als selbst in Deutschland, und von Freiheit sei unter der Tschekarepublik nichts vorhanden. Auf die Weltrevolution zu warten, müsse angelehnt der in den Nachbarstaaten herrschenden sozialpolitischen Verhältnisse als ein ganz aussichtsloses Begehnen erscheinen. Auch die Sozialdemokratie erstrebe die Macht, aber nicht mit Maschinenengewehren, sondern mit den Waffen des Geistes, mit der Gewalt des Gedankens wollen wir die Massen revolutionieren und zum Ziele führen.

Gen. Heinig fand, obgleich er anfänglich vielfach unterbrochen wurde, im Verlaufe und am Schluß seiner Rede mehr Beifall als der kommunistische Referent.

Nach der Aussprache, in der sich ein Redner der Unabhängigen fastlich ganz auf den Standpunkt des Gen. Heinig stellte, wurde eine sehr lange Resolution zur Abstimmung vorgelegt, in der u. a. die kommunistische Partei verpörricht, den ADWB. zu unterstützen. (!)

„Miesbacher Echo.“ Unter diesem Titel wird die bayerische Sozialdemokratie als Gegengewicht gegen den berühmten „Miesbacher Anzeiger“ ein eigenes Organ in Miesbach herausgeben. Ob dieser Nachricht schon im voraus tobende Mut bei dem Hanswursthorgan, das unlängst seine eigenen Gefühle durch einen „dreimal gedrehten R...“ versinnbildlichte. Es sollte sich beruhigen. In Sinnbildern aus der hinteren Körpergegend wird ihm die Sozialdemokratie keine Konkurrenz machen!

Oberpräsident Hörning hat sein Mandat als Mitglied des Preussischen Staates niedergelegt. An seine Stelle tritt Landrat Bergemann aus Kalbe.

Der chinesische Gesandte in Weisfel Wei-chen-tsu ist zum Gesandten in Berlin ernannt worden.

Die Wahlen im Metallarbeiterverband.

Von Bernhard Krüger, Betriebsrat in der UEB, Brunnenstr.

Bald drei Jahre sind seit der Ummwälzung von 1918 verfloßen. Das deutsche Proletariat war in diesem entscheidenden Augenblick zersplittert und gespalten. Ein Teil glaubte, der Zukunftsstaat sei in greifbarer Nähe gerückt. Die Errungenschaften der Revolution, das allgemeine Wahlrecht für Männer und Frauen, die Koalitionsfreiheit, der Achtstundentag, sie wurden als etwas Selbstverständliches und Gleichgültiges betrachtet. Man schrieb nach der Diktatur. Die Kräfte wurden mit der größten Erbitterung geführt, während die Reaktion Zeit gewann, sich zu sammeln.

Damals kämpften die sozialdemokratischen Arbeiter den Kampf für die Republik, für die Demokratie allein. Mit Stolz können wir heute unseren Genossen in der Werkstatt, in den Betrieben und den Bureaus zusehen: Ihr habt trotz aller Verfolgungen und Schikanen, trotz aller Lügen und Verleumdungen treu zur Fahne der Sozialdemokratie gestanden, und wenn wir Euch damals sagten, es muß die Zeit kommen, wo auch das deutsche Proletariat erkennen wird, daß nur auf dem Boden der Demokratie der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft möglich ist, so zeigt sich heute, wie recht wir damals hatten.

Auch die wirtschaftlichen Kampforganisationen des Proletariats, die Gewerkschaften, blieben von den Kämpfen nicht verschont. Unter der Parole, die Gewerkschaften müssen „revolutioniert“ werden, wurde unter Außerachtlassung der Neutralität ein erbitterter Kampf gegen die sozialdemokratischen Kollegen geführt. Man hielt uns nicht mehr für fähig und würdig, den Posten eines Vertrauensmannes auszufüllen. Wir warnten damals dringend vor dem Hineintragen des Parteistrites in die Gewerkschaften, weil wir überzeugt waren, daß dadurch die Kampfkraft der Organisation geschwächt, der Zertrümmerung der Gewerkschaften der Boden bereitet und das Unternehmertum der lachende Erbe dabei sein würde.

Die Entwicklung hat gezeigt, wie recht wir damals mit unserer Warnung hatten. Erbittert zogen sich unsere Kollegen aus dem Verbanden zurück, mit der Hoffnung, daß es auch hier sich zeigen müsse, daß letzten Endes nur mit Vernunft und mit dem notwendigen Wissen der wirtschaftliche Kampf geführt werden kann. Wie im politischen Leben, so ist auch im gewerkschaftlichen Leben eine Ernüchterung eingetreten und die drohende Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Taktik der SPD, hat auch hier das Proletariat aufgerüttelt. Die Arbeiterschaft hat die ungeheure Gefahr erkannt, die ihr droht, wenn der innere Kampf so wie bisher weitergeführt wird. Schredten doch die Drahtzieher der SPD, selbst davor nicht zurück, sich die Not und das Elend der Arbeiterklasse zumute zu machen, um einen gewalttätigen Kampf gegen einzelne Personen und das Inventar der Gewerkschaften zu führen. Die Ereignisse im Gewerkschaftshaus, die Lügen und Verdrehungen, die die „rote Fahne“ über die dortigen Vorgänge verbreitete, die schallenden Ohrfeigen, die sie von den kommunistischen Gewerkschaftsangehörigen dafür erhielt, zeigen mit aller Deutlichkeit, daß man nach der bekannten Methode strupellos und systematisch auf die Zertrümmerung der Gewerkschaften hinarbeitet. Der Erfolg davon wäre, daß das deutsche Proletariat wehrlos dem Unternehmertum gegenüberüberlassen müßte.

Diese Erkenntnis hat bewirkt, daß ein tiefes Sehnen nach Einigung durch die Reihen der Arbeiterklasse geht. Schon bei verschiedenen Anlässen sind Versuche zwischen den SPD- und USPD-Kollegen, eine gemeinsame Abwehrfront gegen die Gewerkschaftszerstörer zu bilden, mit Erfolg unternommen worden. Gewiß steht bei manchen USPD-Kollegen die klare Erkenntnis, daß nur durch ein vernünftiges Zusammengehen mit uns die Schlagkraft der Gewerkschaft gefestigt und erhalten bleiben kann. Dessenungeachtet haben unsere Genossen mit aller Fähigkeit den Standpunkt, den sie seit Bestehen der Gewerkschaften vertreten haben, festgehalten und haben unter Hintanhaltung ihrer berechtigten Interessen unabhängige Kollegen unterstützt, selbst dann, wenn diese Unterstützung auf Kosten der Unabhängigkeit fehlte.

Der Deutsche Metallarbeiterverband hält nun im September 1921 seinen Verbandstag in Jena ab. Laut Beschluß des erweiterten Beirats können 2 Listen, eine Mehrheits- und eine Minderheitsliste, aufgestellt werden. Die SPD- und USPD-Kollegen beschließen eine Resolution, in der ausgesprochen wird, daß, wo es notwendig ist, eine Verständigung zwischen den SPD- und USPD-Kollegen erfolgen soll. Auch in der Berliner Ortsverwaltung machte sich eine solche Verständigung notwendig, wenn nicht die Gefahr drohen soll, daß die Berliner Metallarbeiter durch Mitglieder der kommunistischen Fraktion in Jena vertreten werden sollen.

Nach schwierigen Verhandlungen ist eine Einigung erzielt worden: die Sozialdemokraten erhalten 27 Kandidaten und die Unabhängigen 50 Kandidaten. Gewiß sind unsere Genossen mit dem Ergebnis der Vereinbarung nicht zufrieden. Aber höher als Personen muß uns die Sache selbst stehen. Von diesem Gedanken geleitet, stimmten die SPD-Metallarbeiter-Funktionäre den Abmachungen zu. Zwei Listen stehen also jetzt zur Wahl. Die Liste A ist die Liste der Kollegen, die auf dem Boden der Einheit und Geschlossenheit der Organisation stehen, das ist in Berlin die Mehrheitsliste. Für sie zu werden in jeder Zusammenkunft, in jeder Werkstatt und in jedem Betrieb muß unsere heiligste Pflicht sein.

Der Deutsche Metallarbeiterverband ist die größte Gewerkschaft Deutschlands. In Jena wird um die Form unserer Organisation gekämpft. Gefänge es den Kommunisten, dort eine Mehrheit für sich zu gewinnen, so wären die Folgen für den Verband vernichtend. Es wird nicht geschehen! Im Reiche denkt man nicht daran, den Kommunistenpost noch länger zu dulden. Aber auch die Berliner Metallarbeiter müssen mit aller Deutlichkeit zeigen, daß sie es seit hat, sich von Maulhelden in ihrer praktischen Gewerkschaftsarbeit hindern zu lassen. Darum heißt es, alle Kräfte anspannen, all die Säumigen und Bauen aufrütteln, damit der Sieg vollständig wird!

Jugendveranstaltungen.

Dienstag, den 12. Juli:

Wannow, Schule Wollanstr. 151. Vortrag: „Die Einigkeit“. — Weidenburg, Volkshaus, Schwanenbühlstr. 114. Vortrag: „Erste Hilfe bei Unfällen“. — Holtenauer Brühl, Schule Strellitzer Str. 42/43. Vortrag: „Arbeiter und bürgerlicher Sport“.

Gewerkschaftsbewegung

Die Ausbreitung der Tarifverträge.

Das Reichsamt für Arbeitsvermittlung veröffentlicht im 23. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt zum ersten Male genaue Angaben über die Ausbreitung des Tarifgedankens. Danach sind bis Ende 1919 rund sechs Millionen erwerbstätige Personen, gegenüber nur etwa 1 1/2 Millionen vor dem Kriege durch Tarifverträge erfasst worden.

Reichstarife wurden bis Ende 1920 insgesamt 116 abgeschlossen. Dort, wo Reichstarife noch nicht zur Durchführung kommen konnten, wurden umfassende Bezirkstarife abgeschlossen. Insgesamt wurden bis Ende 1920 vom Reichsarbeitsministerium 990 Bezirkstarife für allgemein verbindlich erklärt.

Ärzte ohne Bezahlung.

Im Gegensatz zu den an den städtischen Anstalten und Krankenhäusern beschäftigten sogenannten Volontärärzten erhalten die an den Berliner Universitäten, Kliniken und an der Charité angestellten Volontärassistenten bzw. außerplanmäßigen Assistenten — etwa 50 an der Zahl — keine Bezahlung. Seit längerer Zeit schweben darüber zwischen dem Kultusministerium und den Gewerkschaften Verhandlungen. Aus „finanziellen Gründen“ wurden die Herren auf eine Regelung der Angelegenheit bis Anfang des nächsten Jahres vertröstet. Jetzt hat sogar die Charité, die auf Veranlassung des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung den Unterarztdienstleistern, die bisher teilweise freie Station hatten, diese entzogen.

Hinter den 50 Ärzten, die um eine Bekräftigung von der Stadtverwaltung längst anerkannte Lohnforderungen kämpfen, stehen die gesamten Ärzteorganisationen: Der Groß-Berliner Ärztebund, die Ärztekammer, der Assistenzärzteverband usw. Auch die Öffentlichkeit hat ein Interesse daran, daß hier eine prinzipielle Regelung erfolgt. Es geht nicht an, weiterhin eine für die Krankenbehandlung absolut notwendige Tätigkeit unbezahlt zu lassen, auch wenn mit dieser Tätigkeit die Möglichkeit weiterer wissenschaftlicher Ausbildung verknüpft ist. Damit reserviert man nach der alten Methode solche Stellen den Söhnen der begünstigten Bourgeoisie, die es sich leisten können, jahrelang von der Unterstützung des Vaters zu leben. Fernere Schichten der Ärzteschaft schließt man so von der Univeritätskarriere von vornherein aus.

Die städtische Film Börse.

Wie die US-Korr. erfährt, wird die Stadt Berlin die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung an Filmschauspieler davon abhängig machen, daß die die Unterstützung in Anspruch nehmenden Schauspieler, Kompanien usw. ausschließlich die allein anerkannte „städtische Film Börse“ im „Clou“ besuchen. Die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung wird dieser städtischen Film Börse angegliedert werden. Ferner sieht der Erlaß einer auf die Verordnung vom 12. September 1919 gestützten Polizeiverordnung bevor, die den Arbeitgebern der Filmindustrie die Verpflichtung auferlegt, ihren Bedarf an Kompanien täglich in der Film Börse im „Clou“ zu melden, während sich andererseits auch die arbeitssuchenden Schauspieler dort zu melden haben. Diese Maßnahmen richten sich gegen die von einigen Hilfsregisseuren ins Leben gerufene „Wild Film Börse“ im Café Kolozeum.

Streik in der Geschäftsbuchbranche.

Seit dem 27. Juni befinden sich die Kontobuchhalter und -arbeiterinnen im Kampf. Ihre Forderungen sind mehr als gerecht und verlangen nicht mehr, als was die in den Buchdruckereien beschäftigten Buchbinder bereits erhalten. Die Geschäftsbuchfabrikanten glauben durch ihre Jugebilität zu der Doppelorganisation Api-Berein Berliner Buchdruckerbesitzer das Recht zu besitzen, ihr Personal als Arbeiter zweiter Klasse betrachten zu können.

Wir sagen: Sind die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Geschäftsbuchdrucken nicht genau von demselben wirtschaftlichen Elend betroffen, wie ihre Kollegen in den Buchdruckereien? Was sagen die Fabrikanten dazu, daß ein Teil der dem Api angehörigen Unternehmer bereits am 29. Juni ihren Arbeitern die Entlassung zugestimmt haben, trotzdem Verhandlungen über die Arbeitsaufnahme zwischen den beiderseitigen Organisationen stattfanden? Mutet man den Kolleginnen und Kollegen der Geschäftsbuchbranche unter solchen Bedingungen zu, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen?

Die Unternehmer suchen durch Annoncen aller Art auf die Buchbinder- und Hilfsarbeiterchaft einzuwirken, man verlaßt durch Haus- und Heimarbeit sowie in Kleinbetrieben der streikenden Arbeitnehmerschaft in den Rücken zu fallen. Wir erwarten die Solidarität der gesamten Buchbinder- und Hilfsarbeiterchaft. Die von den Unternehmern veranlaßten Schreiben, welche die Unterschritt des Verbandespositionales und die der Ortsverwaltung tragen, sind ein demagogisches Mittel, die Kollegenschaft zu blaffen und sind demgemäß zu bewerten.

Kolleginnen und Kollegen, unser Kampf steht gut! Alle Bemühungen der Unternehmer, unsere Reihen zu spalten, sind nutzlos. Trage jeder dafür Sorge, daß keine Kollegin, kein Kollege zum Streikbrecher werde. Lebt Solidarität! Die Streikleitung.

Der Werkmeisterstreik in Deutschböden ist durch Verhandlungen beendet.

20 000 elsaß-lothringische Textilarbeiter stehen im Abwehrstreik gegen Lohnreduktion und die Weibliche der französischen Staatsgewalt zu diesem Anschlag auf die Volksgesundheit. Der Nationalfeiertag des 14. Juli soll der Demonstration des elsaß-lothringischen Proletariats für die Ausgewählten und Kämpfenden dienen.

Verminderung der Arbeitslosigkeit in England. Die Zahl der in den amtlichen Listen des Arbeitsministeriums eingetragenen Arbeitslosen betrug in der vergangenen Woche 2 168 727 gegen 2 177 899 in der Vorwoche. Die Verringerung ist nach einem Bericht des Mitarbeiters des „Daily Chronicle“ nur sehr gering. Sie ist aber trotzdem sehr bedeutsam, denn seit vorläufigem September ist es überhaupt das erste Mal, daß eine absteigende Bewegung der Arbeitslosenzahl zu verzeichnen ist.

Werkarbeiterstreik in Japan. In Kobe zogen 20 000 streikende Werkarbeiter durch die Stadt und führten rote Fahnen und Plakate mit sich mit der Aufschrift: Rieder mit dem Kapitalismus!

Wohnung, arbeitslose Metallarbeiter? Am 18. Juli findet die 1000. Sitzung der Arbeiter, die sich erhalten, ohne vorherige Abgabe der Häuser hat. Die Kollegen, deren Wache am 18. Juli endet, erhalten am 19. Juli an ihrem Arbeitsplatz Geldentlohnung, ohne vorher ihr Mitgliedsbuch abzugeben. Mitgliedsbuch, Stempelkarte und Verbandskarte sind vorzulegen. Am 18. Juli werden keine Mitgliedsbücher abgenommen. — Die Ortsverwaltung.

Aus der Partei.

Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie.

Ludwig Frögel, seit Jahrzehnten als politischer Journalist in Wien tätig und mit dem Wirken der politischen Parteien wohl vertraut, hat es unternommen, in einem vierbändigen Werke die Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie zu schreiben. Nach dem Umsturz haben sich Archive geöffnet, die früher niemandem zugänglich waren, so daß dem Geschichtsschreiber nunmehr sehr wichtige Quellen zur Verfügung standen, die viele Vorgänge richtig erkennen lehren. Der erste Band behandelt die Frühzeit der Arbeiterbewegung bis zum Wiener Hochverratsprozeß. Der zweite Band erzählt von den Siebzigerjahren bis zum Ende der Ersten Internationalen. Der dritte Band stellt vornehmlich das große Ringen innerhalb der Arbeiterbewegung dar, in welchem Sozialismus und Anarchismus miteinander stritten und aus dem die einzige Sozialdemokratie unter Viktor Adlers Führung hervorging. Der vierte Band führt die geschichtliche Darstellung vom Gründungsparteitag zu Hainfeld im Jahre 1889 bis zum Ende des Krieges weiter, stellt also die Wahlrechtskämpfe zweier Jahrzehnte und das Wachen der politischen Macht der Arbeiterklasse dar. Jeder Band wird ungefähr 800 Seiten umfassen. Die Wiener Volksbuchhandlung, VI/1, Gumpendorfer Str. 18, in deren Verlag das Buch erscheint, legt Subskriptionslisten auf, die durch jedwede Buchhandlung oder aber auch durch den Verlag selbst erhältlich sind. Wer sich als Abnehmer bis 31. August meldet, erhält jeden Band für 800 Kronen, nach dem 31. August erhöht sich der Preis auf 480 Kronen pro Band. — Allen Bildungsanstalten der Partei zur Beachtung!

Arbeiter Sport.

Gründung einer illustrierten Arbeiter-Sportzeitung.

Mit einem Presseunternehmen großen Stils beschäftigt sich die Zentralkommission für Sport- und Körperpflege. Es soll ein Zentralsportblatt im Format der Tageszeitungen erscheinen und reich illustriert werden, um vor allem in der Öffentlichkeit für den Arbeiter Sport zu werden. Der Verkaufspreis soll 40 Pf. betragen, um eine möglichst große Verbreitung zu sichern. In den Arbeiter Sportverbänden sind zurzeit dreihundert Millionen Arbeiter Sportler organisiert, dazu kommen noch etwa hunderttausend Kinder, ein Beweis, welche große Bedeutung der Arbeiter Sport schon jetzt in Deutschland erlangt hat. Die neue Zeitung wird über alle großen Veranstaltungen im ganzen Reiche fortlaufend unterrichten. Die Redaktion bleibt einstweilen in Leipzig, dem Sitz der Zentralkommission, für Druck und Verlag ist Berlin anzufragen. Da der bürgerliche Sport über eine große Anzahl von Sportzeitungen verfügt, so kann die Gründung der neuen Zeitung nur mit Freuden begrüßt werden. Aufgeklärt der großen Bedeutung des Sports für die Gesundheit der arbeitenden Bevölkerung wird diesem Zentralsportblatt der Erfolg sicher sein.

Bundesregatta der Arbeiterruderer.

Dem berrühmten Wetter begünstigt, fand gestern auf dem Langen See die 4. Bundesregatta des Freien Ruderverbands statt. Neben den Berliner Arbeiter-Rudervereinen (Vormärz — Freiheit — Collegia — Freie Rudervereinigung — Rudervereinde — Völschendorfer Ruderverein) beteiligten sich die Freien Rudervereinigungen Dresden und der Ruderverein München — Hannover an dem Rennen. Auf der 100 Meter langen Strecke München — Triebüne des Regattaparkes leiteten sich unsere Arbeiter-Rudervereinde bestmögliche, die das Interesse des zahlreich erschienenen Publikums in hohem Maße beanspruchten und die ein sehr dauerhaftes Bild von dem berrühmten Können der Arbeiter-Rudervereine gaben. Jedmal konnten die Berliner Vereine als Erste die Ziellinie passieren; während die Hannoveraner den Bieren für Jährgen, der zweimal geladene Wettbewerber, ganz überlegen gewonnen, gingen die Dresdener Gäste leer aus. Die Wiederholung des zweiten Rennens machte sich infolge der Unmöglichkeit eines Seglers unmöglich, der kurz vor dem Ziel die Bojen passierte und mit den beiden führenden Rennbooten kollidierte, aber glücklicherweise einen größeren Schaden nicht anrichtete.

Zu bedauern bleibt bei dem herrlich glänzend verlaufenen Tage nur, daß die Triebüne noch manchen leeren Platz aufwies. Wenn man weiß, wieviel tausend Arbeiter an jedem Renntage die Rennbahn besuchten, dann ist es geradezu bedauernd, daß sie dem Sport ihrer Klassenossen nicht größeres Interesse entgegenbrachten. Liegt es etwa daran, daß es hier nichts zu „lippen“ gibt? Aber auch den Arbeitern, die glauben, nur in bürgerlichen Sportvereinen herrliche Betätigung zu finden, sollte die getriebe Arbeiterregatta zeigen, daß sich der Freie Arbeiter-Rund hinter keinem bürgerlichen Verein zu verhehlen braucht. Er hat gute Arbeit geleistet und ein Können gezeigt, das Anerkennung verdient und gefordert hat.

Nachfolgend die Resultate: 1. Doppelsteier ohne Steuerfrau: 1. H. H. Vorwärts (Wien, Wien) 10:24. 2. Völschendorfer R. Ver. 10:15. 3. Berg. der Rudervereinigung. — 2. Steuer: 1. H. H. Völschendorfer (Steige 1. Bundesregatta, Steige 1. Kampmann, Steige 2. H. H. Vorwärts 9:00. 3. H. H. Vorwärts. — 3. Doppelsteier für Junioren: 1. H. H. Collegia (Kinn, Kocera, Cugot, Auna, Steige 1. H. H. Völschendorfer 9:14. 2. H. H. Völschendorfer 9:14. 3. Völschendorfer 9:14. 4. Steuer für Anfänger: 1. H. H. Völschendorfer (Cit. Hüll, Waber, Wlana, Steige 1. H. H. Völschendorfer 9:40. 2. H. H. Vorwärts. — 5. Steuer: 1. H. H. Vorwärts (Weidberg, Beckmann, Bach, Michel, Steige 1. H. H. Völschendorfer 8:55. 2. H. H. Völschendorfer. — 6. Doppelsteier für Junioren: 1. Freie Rud.-Ver. 9:10. 2. Freie Rud.-Ver. 9:10. 3. Freie Rud.-Ver. 9:10. 4. Freie Rud.-Ver. 9:10. 5. Freie Rud.-Ver. 9:10. 6. Freie Rud.-Ver. 9:10. 7. Freie Rud.-Ver. 9:10. 8. Freie Rud.-Ver. 9:10. 9. Freie Rud.-Ver. 9:10. 10. Freie Rud.-Ver. 9:10. 11. Freie Rud.-Ver. 9:10. 12. Freie Rud.-Ver. 9:10. 13. Freie Rud.-Ver. 9:10. 14. Freie Rud.-Ver. 9:10. 15. Freie Rud.-Ver. 9:10. 16. Freie Rud.-Ver. 9:10. 17. Freie Rud.-Ver. 9:10. 18. Freie Rud.-Ver. 9:10. 19. Freie Rud.-Ver. 9:10. 20. Freie Rud.-Ver. 9:10.

Arbeiter Turn- und Sportverein „Freiheit“, Lichtberg. Anfolge Anonierung der Turnhallen fällt für Monat Juli das Turnen in den Turnhallen aus, dafür bis auf weiteres am Mittwoch, abends von 6-8 Uhr, Schüler und Schülerinnen, von 7 bis Dämmerung, Männer, Frauen und Weibliche Rhythmischer Sportplatz, Darsilstraße. Alles weitere wird dort bekanntgegeben. — Freitag, den 15. Juli, abends 7 Uhr: Vierteljahresversammlung bei Wunsger, Kronprinzstr. 2. — Sonntag, den 7. August, Turnplatz Normannenstr.: Vereinsjugendturnfest. — Sonnabend, den 27. August bei Herr, Türschmidtstr. 14: Gründungsfest des Vereines.

Verantwortl. für den redakt. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Wlad, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin, Lindenstr. 3. Preis 1 Blatt.

Reizbare Haut wird am günstigsten beeinflusst durch den täglichen Gebrauch der seit über 25 Jahren glänzend bewährten Myrrholin-Seife.

Stoffe für Herren- u. Damen-Bekleidung „Aparat Neuhafen“ Verkauf meterweise Koch & Seeland G. m. b. H. Gertraudenstraße 20-21

Zuban Zigaretten nur aus reinen edlen Orienttabaken ZUBAN